

Bernhard Leubolt

Staat und politische Ökonomie in Brasilien

SRE-Discussion 2011/01

2011

Staat und politische Ökonomie in Brasilien:

Die Regierung Lula im Spiegelbild der Geschichte

Bernhard Leubolt

Abstract

Dieser Beitrag behandelt die Transformationen des brasilianischen Staates während der Regierung Lula (2003-2010). Dazu werden erst theoretische Grundlagen erarbeitet: Mit Hilfe von Theorien in der Nachfolge Max Webers werden institutionelle Faktoren beleuchtet, während polit-ökonomische Zugänge die Verknüpfung des Staates mit gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Machtkonstellationen betonen. Schließlich werden Spezifika semi-peripherer Staatlichkeit mit Hilfe dependenztheoretisch inspirierter Zugänge herausgearbeitet. Auf dieser Grundlage werden erst historische Grundlagen des brasilianischen Staates erarbeitet: Sklaverei und Patrimonialismus als Grundlage für einen außenabhängigen Staat, der im 20. Jahrhundert im Rahmen importsubstituierender Industrialisierungspolitik konservativ zu einem „Entwicklungsstaat“ modernisiert wurde. Nach kurzem liberalen Intermezzo in den 1990er Jahren geht der Trend während der Regierung Lula wieder in Richtung „Entwicklungsstaat“, der jedoch nun eine stärker republikanische und sozial inkludierende Prägung aufweist.

The transformation of the Brazilian state during the presidency of Lula (2003-2010) will be dealt with in historical perspective. First, the theoretical background will be elaborated: Theories based on Max Weber will be employed to highlight institutional factors, while approaches of political economy will introduce questions of societal power relations. Specifics of semi-peripheral statehood will be demonstrated by approaches inspired by dependency theory. On this basis, Brazilian historical legacies will be identified: slavery and patrimonialism in an externally dependent state, which was conservatively modernized in the wake of import substituting industrialization during the 20th century into a “developmental state”. After a short liberal intermezzo during the 1990s, the Lula administration has readopted the developmentalist approach. In contrast to the “developmental state” of the 20th century, stronger republican and socially inclusive tendencies prevail now.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Theoretische Grundlagen – Staatstheorie des Zentrums und der Peripherie	3
2.1	Staat bei Max Weber	3
2.2	Staat und Politische Ökonomie – Hegemonie und Kräfteverhältnisse.....	8
2.3	Politische Ökonomie und Abhängigkeit – Eigenheiten peripherer Formationen.....	11
2.4	Erste Synthese und Operationalisierung für die Fallstudie	16
3	Staat und politische Ökonomie in Brasilien.....	19
3.1	Sklaverei und Patrimonialismus als Grundlagen der Exportorientierung	19
3.2	Importsubstitution, Positivismus, Populismus und Militärdiktatur.....	21
3.3	Demokratisierung und sozial-liberale Widersprüche in den 1990ern	28
3.4	Regierung Lula – ein neuer „Entwicklungsstaat“?.....	34
4	Schlussfolgerungen	45
5	Quellen.....	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einkommensverteilung: Brasilien, 1960-1980, in Prozent	23
Tabelle 2: Budgetüberschuss bzw. -defizit und Zinsenzahlungen, 1994-2005, in % des BIP.....	31
Tabelle 3: Indikatoren für Außenhandel und Auslandsabhängigkeit, 1994-2005, in % des BIP	31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung und Urbanisierung, 1940-2000	22
Abbildung 2: Wirtschaftswachstum (BIP) Brasilien, 1901-2011	26
Abbildung 3: Inflation, Brasilien, 1980-2008.....	29
Abbildung 4: Offene Arbeitslosigkeit im Großraum São Paulo, 1984-2011.....	30
Abbildung 5: Zinsrate Selic im Jahresmittel, 1994-2005, in %	30
Abbildung 6: Staatsschulden Brasilien, in % des BIP, 1994-2009.....	31
Abbildung 7: Einkommensverteilung Brasilien, 1976-2006	34
Abbildung 8: Steuerquote Brasilien, in % des BIP, 1990-2005	36
Abbildung 9: Leistungsbilanz, 1980-2010.....	37
Abbildung 10: Mindestlohn, inflations-angepasst, d.h. Real-Mindestlohn, 1940-2011	41

1 Einleitung

In dieser Arbeit steht der brasilianische Staat bzw. staatliche Herrschaft in Brasilien im Mittelpunkt¹. Dennoch beschränkt sie sich nicht auf den Staat im engeren Sinn, sondern erfasst das Wechselspiel von Staat und Zivilgesellschaft – wie dies auch in aktuellen *Governance*-Ansätzen eingemahnt wird (z.B.: Benz 2004; Kjær 2004; vgl. dazu: Leubolt 2007b). Der Fokus ist zwar die Regierung Lula, die jedoch im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung des brasilianischen Staats und seiner politischen Ökonomie betrachtet wird. Damit wird auch der Rahmen für die theoretischen Grundlagen abgesteckt. Mit Hilfe von zwei wichtigen Strängen der Staatstheorie – im Anschluss an Weber und Marx – wird ein Analyserahmen entwickelt, der als Grundlage für die historische Analyse dient. Damit soll ermöglicht werden, die Regierung Lula in ihrer Widersprüchlichkeit zu analysieren – jenseits von radikaler Kritik als „neoliberal“ (vgl. z.B. Mollo/Saad-Filho 2006; Boito 2007) oder als Fall von „umgedrehter Hegemonie“ (Oliveira 2006a: 21f.; Oliveira et al. 2009), im Rahmen derer die Subalternen im Sinne der Mächtigen regieren, aber auch jenseits von übertriebenem Optimismus als „intelligente moderne linke Regierung“ (vgl. z.B. Santiso 2006; Petkoff 2007).

2 Theoretische Grundlagen – Staatstheorie des Zentrums und der Peripherie

Bezüglich der theoretischen Grundlagen für eine Staatstheorie in der Peripherie möchte ich mich Leftwich (1994) anschließen, der zwei Autoren als zentrale Referenzen behandelt: Karl Marx und Max Weber, deren Staatstheorien erst dargestellt werden, um dann jeweils näher auf ihre Anwendungsmöglichkeiten auf die Peripherie einzugehen. Dafür wird der Rückgriff auf andere Theorien gemacht, wie z.B. der Dependenztheorie oder der Finanzsoziologie.

2.1 Staat bei Max Weber

Weber behandelte die Frage des Staats in seinem Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ vor allem im Hinblick auf rationale Verwaltungsführung – Bürokratie. „Staat soll ein politischer *Anstaltsbetrieb* heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das *Monopol legitimen physischen Zwanges* für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt“ (Weber 1980 [1922]: 29; Herv.i.O.). Zentral für Staatlichkeit ist daher die Existenz eines legitimen staatlichen Gewaltmonopols. Die Frage der Legitimität löst Weber dabei mit Hilfe der bürokratischen

¹ Es handelt sich bei dieser Arbeit um die aktualisierte Form von: Leubolt 2008. Weitere Arbeiten, die maßgeblich mit einfließen sind: Leubolt 2007a, Leubolt/Tittor 2008.

Organisation, die für ihn den Idealtyp der Verwaltung der Moderne – die rationale Herrschaft² darstellt, denn „Herrschaft ist im *Alltag* primär: *Verwaltung*“ (Weber 1980 [1922]: 126; Herv.i.O.). Die rationale Herrschaft setzt bei Weber (1980 [1922]: 125f.) einen (1) kontinuierlichen regelgebundenen Betrieb mit (2) festen Amtskompetenzen voraus, wo (3) rein nach Fachqualifikation angestellte BeamtenInnen, (4) in fester Amtshierarchie, zuständig für das Verwaltungshandeln sind. (5) Für ihre Handlungen gilt das Prinzip der Aktenmäßigkeit, d.h. die Entscheidungen werden schriftlich festgehalten und archiviert – ein Punkt der in jüngeren Schriften vor allem unter der Rubrik *Accountability* diskutiert wird (vgl. z.B.: Taylor/Buranelli 2007). Für diesen Punkt fungiert bei Weber das Parlament als zentrale Institution, während die Bürokratie sonst strikt hierarchisch in letzter Instanz einem charismatischen Führer zu unterstehen hat. Die leidenschaftliche, dienende Hingabe an die politische Aufgabe und das Verantwortungsbewusstsein des charismatischen Führers sollten demzufolge die Probleme der Verselbständigung der bürokratischen Organisation und der Abschottung von ihrer Umwelt verhindern (Kieser 2002). Bei Weber stellt die bürokratische Verwaltung trotz der Probleme im Zusammenhang mit ihrer möglichen Verselbständigung den anzustrebenden Idealtypus staatlicher Herrschaft dar.

Weber grenzt rationale Herrschaft dabei von patriarchalen und feudalen Herrschaftsstrukturen ab, wo keinen objektiven Regeln, sondern vielmehr persönliche Beziehungen ausschlaggebend sind. Da die Untertanen nicht über festgeschriebene Rechte verfügen, sondern stets auf die Gunst des Herrschers angewiesen sind, werden sie über Abhängigkeitsverhältnisse beherrscht. Innerhalb dieser Strukturen wird der Staat also von wenigen mächtigen Einzelpersonen dominiert, die über außergewöhnliches Charisma verfügen, oder sich auf Traditionen stützen können, die ihre persönliche Herrschaft legitimieren. Besonders relevant für den brasilianischen Fall ist dabei die Form des Patrimonialismus (Weber 1980 [1922]: 580ff.), wo der Herrscher der einzige Grundeigentümer ist und seine direkten Untertanen mittels Landpacht „bei der Stange hält“. Auf den Fall des brasilianischen Patrimonialismus (vgl. v.a. Faoro 2001 [1958]) wird im empirischen Teil noch näher eingegangen werden.

Ein weiteres interessantes Feld neo-weberianischer Staatstheorie stellen die Ansätze zum „Entwicklungsstaat“ bzw. „*Developmental State*“ dar, wo unter dem Motto „Bringing the State Back In“ (vgl. Evans et al. 1985) verstärktes staatliches Engagement eingefordert wurde. Ganz im Sinne Webers wurde anhand des „*best practice*“ Beispiels des süd-ost-asiatischen

² Weber unterscheidet konsequent Macht von Herrschaft: „*Macht* bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen ... *Herrschaft* soll heißen die Chance, für jeden Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“ (Weber 1980 [1922]: 28; Herv.i.O.).

Entwicklungsstaats (v.a. Südkorea und Taiwan; vgl. dazu: Evans 1998; Pohlmann 2002) dargestellt, dass ein starker Staat, fußend auf kompetenter Bürokratie, zentral für positive polit-ökonomische Entwicklung wäre. Dieser Ansatz stellte sich gegen die neoliberale Doktrin vom notwendigen Rückzug des Staats, wurde jedoch teilweise schon 1997 von der Weltbank aufgegriffen (vgl. World Bank 1997). In Verbindung mit institutioneller Ökonomik (z.B. Williamson 1979) entstand somit das normative Konzept „*Good Governance*“, das dem Staat eine positivere Rolle zuschrieb. Im entstehenden „*Post Washington Consensus*“ (Schwank 2003) sollte der Staat einerseits zur Armutsreduktion beitragen, andererseits auch die institutionellen Grundlagen für das Funktionieren von Märkten bereitstellen (vgl. World Bank 2002). Mit dem von den Neo-WeberianerInnen geforderten Entwicklungsstaat hatten diese Konzepte jedoch nur noch wenig gemein (vgl. Wade 2005). Webers Konzepte bieten noch größeren Spielraum zur Analyse von Staaten in analytischer Hinsicht.

Ein aktuelles Werk zum „Staat in der Weltgesellschaft“ von Klaus Schlichte (2005) greift das analytische Instrumentarium Webers auf und verbindet die neo-weberianische Theorie mit den Ansätzen von Bourdieu, Foucault, Elias und (versatzstückartig auch) Marx. Schlichte betrachtet ganz nach Weber die bürokratische Rationalität als die dominante Form moderner Staatlichkeit, betont gleichzeitig jedoch das post-koloniale Erbe in den Staaten der Peripherie.³ Demnach herrsche in der Peripherie eine „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Schlichte 2005: 45ff.; angelehnt an: Bloch 1977) vor – der Prozess der Rationalisierung ist demnach nicht so weit fortgeschritten wie in der OECD-Welt und die Mehrzahl der sozialen Beziehungen ist von personalen und traditionellen Formen bestimmt. Daher betont Schlichte die Notwendigkeit einer historischen Analyse, um die tradierten Faktoren näher bestimmen zu können.

Ein Staat ist ein Machtfeld, über dessen Grenzen auch mit Mitteln der Gewalt entschieden wird, und dessen Dynamik vom Ideal einer kohärenten, kontrollierenden, territorialen Organisation und von den Praktiken sozialer Akteure geprägt wird.

Schlichte 2005: 106

³ Somit distanziert sich Schlichte von klassischen Ansätzen der Modernisierungstheorie, wo die Länder der Peripherie als „unterentwickelt“ – gemessen an europäischen bzw. US-amerikanischen Standards betrachtet werden und bloß von den „entwickelten Ländern“ abkupfern sollten, wie die nächsten „Entwicklungsstufen“ zu erreichen wären. Die Darstellung der Modernisierungstheorie ist schon vielfach geschehen (z.B. in: Kolland 2004) und wird hier nicht weiter vertieft. Die dazu als Gegenspielerin auftretende Dependenztheorie, wo im Gegensatz dazu die „Entwicklung zur Unterentwicklung“ (Frank 1969 [1966]) als Folge der strukturellen Ungleichheiten im Weltmarktzusammenhang dargestellt wurde, wird im nächsten Abschnitt kurz vorgestellt. Schlichte bezieht sich zwar nicht explizit auf diese Schule, sein Zugang tendiert jedoch stärker in diese Richtung.

Diese Definition von Staat zeigt die Orientierung auf die Praktiken staatlicher und nicht-staatlicher Akteure – wie sie auch beim *Governance*-Zugang (vgl. Leubolt 2007b) oder in neogramscianischen Analysen vorkommt – sowie den Fokus auf die Bedeutung territorialer Organisation und auf Machtstrukturen. Besonderes Augenmerk schenkt Schlichte dann dem Gewaltmonopol und verschiedenen Formen der staatlichen Gewaltausübung, der Finanzierung des Staats mittels Steuern und seiner Legitimierung mittels Ausgaben sowie der Semantik des Staats, wobei er vor allem auf „nationale Erzählungen“ (Narrative) und Mythen wie auch auf die Frage des Rechts eingeht.

Bezüglich staatlicher Gewaltanwendung bezieht sich Schlichte (2005: 126ff.) auf Militär und Polizei als zentralen Akteuren. In vielen peripheren Staaten übernahm das Militär die Macht und regierte dann im Rahmen von Militärdiktaturen. Auch wenn viele Militärdiktaturen abdanken mussten, geht von den Militärs immer noch beträchtliche Macht aus, die sich z.B. in hohen Militäretats ausdrückt. Militärs üben auch auf später folgende zivile MachthaberInnen über die latente Drohung der Gewaltanwendung Druck aus. Eine zweite Kraft stellt die Polizei dar, die jedoch in der Peripherie oft weniger Bedeutung als in den OECD-Ländern aufweist. Besonders interessant ist Schlichtes (2005: 182ff.) Aufarbeitung des „Geld des Staates“. In Bezugnahme auf Weber konstatiert Schlichte, dass Herrschaft Sachmittel benötigt. In den europäischen Staaten wurden diese Sachmittel über die „Trinität von Wehrpflicht, Bürgerrecht und Steuerpflicht“ (Bendix, zit. nach: Schlichte 2005: 183) aufgebracht. Diese ist jedoch an drei Voraussetzungen gebunden, die selten gegeben sind. (1) Muss staatliche Herrschaft hinreichend autonom gegenüber mächtigen Akteuren sein, um auch von ihnen Steuern einheben zu können, (2) muss der überwiegende Teil von Werttransfers und Zahlungen in Geldform stattfinden und (3) muss das nötige bürokratische Wissen über die BürgerInnen bei den Staatsangestellten vorhanden sein, um Einkommens- und Vermögensverhältnisse erfassen zu können (Schlichte 2005: 183). In weiterer Folge behandelt Schlichte Staatseinnahmen und –ausgaben, also Steuern und Budget (vgl. dazu auch: Bräutigam et al. 2008). Dabei behandelt er in erster Linie Steuern, wobei er eingangs die Staatsquote – also den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – als zentrale fiskalische Kennzahl einführt (Schlichte 2005: 193). In weiterer Folge differenziert er zwischen direkten und indirekten Steuern. Erstere werden direkt von den Steuerpflichtigen in Form von Einkommenssteuern u.ä. eingehoben, während zweitere für Waren gelten, z.B. Mehrwertsteuer oder Zölle. Eine weitere Form von Staatseinnahmen stellen Renten dar, die entweder aufgrund von Rohstoffvorkommen oder aufgrund einer geopolitisch wichtigen Stellung des betreffenden Landes fließen können. Renten verhindern Schlichte zu Folge die Etablierung einer funktionierenden Bürokratie, da die „Staatsklassen“ (zum urspr. Konzept vgl.: Elsenhans 1997) nicht gleichermaßen

zur Rechenschaft gezogen werden, wenn die BürgerInnen keine Steuern zahlen müssen (vgl. dazu auch: Moore 2004) – frei nach der liberalen Forderung nach „*no taxation without representation*“. Schließlich kommen Mittel aus dem Ausland in Frage, entweder in Form von Entwicklungshilfe oder in Form von Krediten (vgl. Schlichte 2005: 201ff.). Letztere Formen von Staatseinnahmen lassen auf ein hohes Ausmaß an Abhängigkeit schließen, was im nächsten Abschnitt näher behandelt wird.

Schließlich geht Schlichte (2005: 222ff.) noch auf die Semantik des Staates ein. Dabei fokussiert er auf das Zusammenspiel von Recht und Legitimität. Als legitim akzeptiertes Handeln muss nicht zwangsläufig rechts-basiert sein, da oft nationale Erzählungen, wie z.B. Gründungsmythen eines Staats u.ä. viel zur Legitimierung von Herrschaft beitragen. Ein typisches nicht-rechts-basiertes Merkmal von staatlicher Herrschaft in der Peripherie ist der Klientelismus (Schlichte 2005: 231ff.; vgl. auch: Taylor 2004) als Austausch von Gefälligkeiten zwischen PolitikerInnen und ihren KlientInnen, die in Vier-Augen-Gesprächen unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden (Abers 2000: 29f.). Die PolitikerInnen bauen ein komplexes Netz von „StimmenfängerInnen“ auf, die, in den einzelnen Nachbarschaften von Haus zu Haus gehend, Loyalitäten aufbauen und „Stimmen gegen Gefälligkeiten tauschen“. Somit werden staatliche Leistungen also nicht als staatsbürgerliche Rechte beansprucht, sondern stellen vielmehr „Geschenke“ dar, deren Gewährung von der politischen Unterstützung ihrer EmpfängerInnen abhängig ist. In einem System „perverser Vertrautheit“ wird es somit den wirtschaftlich Mächtigen möglich, Stimmen zu kaufen und so persönliche Beziehungen aufzubauen (Novy 2001a: 141ff.). Somit widerspricht diese Praxis dem weberianischen Postulat von Rechtsstaatlichkeit. Da dennoch oftmals verfassungsmäßige Rechte existieren, die gelebte Praxis jedoch grundlegend anders ist, muss Schlichte (2005: 253ff.) zu Folge auch bezüglich des Rechts von der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ bzw. von „struktureller Heterogenität“ ausgegangen werden. Die Ungleichheit im Rechtssystem wird zudem durch Korruption erschwert – wenn z.B. für zügige Durchführung von Gerichtsverfahren Geldbeträge hinterlassen werden müssen, Beweise plötzlich „verschwinden“ u.ä.

Insgesamt ist die weberianische Konzeption der Staatstheorie also besonders gut für die Analyse der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit geeignet. Ungleichheitsstrukturen in Form von „struktureller Heterogenität“ werden im folgenden Abschnitt mit Hilfe polit-ökonomischer – marxistischer und dependenztheoretischer – Zugänge noch näher behandelt.

2.2 Staat und Politische Ökonomie – Hegemonie und Kräfteverhältnisse

In der marxistischen Theorie identifiziert Leftwich (1994: 55f.) zwei Zugänge zur Staatsanalyse. Einerseits ein auf das „Kommunistische Manifest“ (Marx/Engels 1986 [1848]) bezogener Zugang, wo der Staat lediglich als „Instrument der herrschenden Klassen“ betrachtet wird (vgl. z.B. Mandel 2002: 32ff.) und einen zweiten Zugang, der sich stärker auf den „18. Brumaire des Louis Napoleon“ (Marx 1965 [1852]) und die „Gefängnishefte“ von Antonio Gramsci (1991ff. [1929ff.]) bezieht und dann von Poulantzas (2002 [1978]) und insbesondere von Bob Jessop (Jessop 2007b) zum „*Strategic Relational Approach*“ weiter entwickelt wurde. Für die folgende Analyse ist dieser zweite Zugang relevant, der im Anschluss im Hinblick auf die unterschiedliche Situation eine semi-peripheren Landes gegenüber der sonst analysierten OECD-Länder adaptiert wird.⁴

Bob Jessop entwickelte den „*Strategic Relational Approach*“ im Anschluss an Gramsci, Poulantzas, Foucault und Luhmann sowie den kritischen Realismus (vgl. Sayer 1992 [1984]; Archer et al. 2004 [1998]). Der Kernbegriff zur Analyse von Staatlichkeit bei Jessop ist „strategische Selektivität“. Diesen Begriff entwickelte er in Anlehnung an Claus Offe (1972: 65ff.), der in den 1970er Jahren den Begriff der „strukturellen Selektivität“ prägte. Dabei ging es Offe um die Abgrenzung von der eingangs dargestellten Sichtweise des Staats als reinem „Instrument der herrschenden Klassen“, da „staatliche Herrschaft dann und nur dann Klassencharakter hat, wenn sie so konstruiert ist, dass es ihr gelingt, das Kapital sowohl vor seinem eigenen falschen wie vor einem antikapitalistischen Bewusstsein der Massen in Schutz zu nehmen“ (Offe 1972: 77). Dafür benötigt der kapitalistische Staat eine „relative Autonomie“ gegenüber der kapitalistischen Klasse – was dann v.a. Nicos Poulantzas in seiner Staatstheorie (Poulantzas 1975 [1974]; 2002 [1978]) stark machte:

On a terrain of political domination occupied by several classes and class fractions and divided by internal contradictions, the capitalist state, while predominantly representing the interests of the hegemonic class or fraction (itself variable), enjoys a relative autonomy with respect to that class and fraction as well as to the other classes and fractions of the power bloc. One reason for this is that its task is to ensure the general political interest of the power bloc as a whole, organizing the ‘unstable equilibrium of compromise’ (Gramsci) among its components under the leadership of the hegemonic class or fraction; the other reason is that it organizes this hegemony with respect to the social formation as a whole, thus also with respect to the dominated classes, according to the specific forms that their struggles assume

⁴ Ein weiterer Zugang marxistischer Staatstheorie ist die „Staatsableitungsdebatte“, die in Deutschland in den 1970er Jahren geführt wurde. Hier wurde versucht, den Staat mit Hilfe der Marx’schen Wertkritik zu analysieren. Analog zur Marx’schen Wertkritik im „Kapital“ (vgl. Heinrich 2004) sollte die Staatsform bestimmt werden (vgl. Hirsch/Kannankulam 2006). Diese Theorie ging später als „materialistische Staatstheorie“ eine enge Symbiose mit gramscianischen Konzepten, der Regulationstheorie, aber auch mit der Staatstheorie Poulantzas’ und Jessops (vgl. Hirsch 2005). Daher wird sie hier nicht gesondert behandelt.

under capitalism. This relative autonomy is inscribed in the very structure of the capitalist state by the relative 'separation' of the political and the economic that is specific to capitalism

Poulantzas 1975 [1974]: 97f.

Poulantzas zu Folge ist diese institutionelle Trennung von Staat und Ökonomie und die daraus folgende „relative Autonomie“ des Staats Grundmerkmal kapitalistischer Staatlichkeit, weil (1) nur dadurch auf Dauer sichergestellt werden kann, dass das Profitstreben einzelner Klassenfraktionen nicht dazu führt, dass andere untergehen und in weiterer Folge das Gesamtsystem in Gefahr gerät, unterzugehen und (2) Interessen der Subalternen so weit nachgekommen werden kann, dass sie nicht gegen das System revoltieren. Die Autonomie des Staats bleibt jedoch relativ, da der Fortbestand des Staats im Kapitalismus von „guten Gang der Geschäfte“ abhängig ist. Ökonomische Krisen wirken sich auf den Lebensstandard der BürgerInnen aus und führen oft (aber nicht zwangsläufig) zu politischen Krisen – daher die Abhängigkeit von Unternehmen und die Bestrebungen zur Regulierung der Ökonomie dahingehend, dass die Akkumulationsdynamik aufrecht erhalten werden kann (vgl.: Jessop 2002: Kap. 1)⁵.

Jessop tauschte den Begriff der „strukturellen Selektivität“ dann gegen den der „strategischen Selektivität“, „because it brings out more clearly the *relational* character of this selectivity“ (Jessop 1990: 260; 2007b: 36). Es geht ihm dabei also darum, die Metapher Poulantzas' vom „Staat als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen“ (Poulantzas 2002 [1978]: 159) weiter zu entwickeln, denn „den Staat als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses begreifen, heißt, ihn auch als *strategisches Feld und strategischen Prozess* zu fassen, in dem sich Machtknoten und Machtnetze kreuzen, die sich sowohl verbinden, als auch Widersprüche und Abstufungen zeigen“ (Poulantzas 2002 [1978]: 167; Herv.i.O.). Poulantzas' Abkehr vom Strukturalismus Althusser (Althusser 1969; Althusser/Balibar 1999 [1968]) führte Jessop (2007b: 128) zu Folge zur Erklärung von „state policy in terms of a process of strategic calculation without a calculating subject“. Aus der Berücksichtigung dieses Sachverhalts resultiert dann Jessops Definition von „strategischer Selektivität“:

⁵ Zur formanalytischen Kritik des Konzepts der „relativen Autonomie“ vgl.: Hirsch/Kannankulam 2006. Ihnen zu Folge wird die relative Autonomie des Staates bei Poulantzas „theoretisch nicht begründet“ (Hirsch/Kannankulam 2006: 67). Diese theoretische Begründung liefert Hirsch durchgehend mit der Formanalyse, wobei er – ausgehend von einer „Ableitung“ aus dem Marx'schen Kapital die politische Form von der ökonomischen (Wert-)Form unterscheidet, die beide als soziale Formen auftreten. „Im Kapitalismus können die Menschen ihre wechselseitigen Beziehungen weder frei wählen, noch ihre gesellschaftliche Existenz durch unmittelbares Handeln beherrschen. Ihr sozialer Zusammenhang äußert sich vielmehr in verdinglichten, ihnen äußerlich entgegnetretenden *sozialen Formen* (Hirsch 2005: 22; Herv.i.O.).

By strategic selectivity I understand the ways in which the state considered as a social ensemble has a specific, differential impact on the ability of various political forces to pursue particular interests and strategies in specific spatio-temporal contexts through their access to and/or control over given state capacities – capacities that always depend for their effectiveness on links to forces and powers that exist and operate beyond the state's formal boundaries.

Jessop 2002: 40

Dabei geht Jessop, wie die meisten Zugänge, die sich auf Marx berufen (im Gegensatz zur *Mainstream*-Literatur), von der Konflikthaftigkeit von Entwicklung aus (Marsh 2002). Verschiedene gesellschaftliche Kräfte – formiert in Klassen, aber auch entlang anderer Achsen wie z.B. Rasse/Ethnie oder Geschlecht (vgl. z.B. Jessops Diskussion von „gender selectivities“ in: Jessop 2007b: 157ff.) – kämpfen um gesellschaftliche Vorherrschaft. Mit Gramsci (1991ff. [1929ff.]) kann das als Auseinandersetzung um Hegemonie innerhalb des „integralen Staates“ begriffen werden, der aus Staat und Zivilgesellschaft besteht. Hegemonie ist jedoch nicht singulär, es sind immer unterschiedliche hegemoniale Strategien umsetzbar, die im Rahmen von gesellschaftlichen Machtkämpfen produziert werden. In diesen Machtkämpfen wird um gesellschaftliche Herrschaft gerungen, die zwei verschiedene Formen aufweist: „Konsens“ und „Zwang“ (Gramsci 1991ff. [1929ff.]: 782; 914ff.). Neben der Ordnung, die der Staat durch Zwang durchsetzt (wie z.B. dem Erlass von Gesetzen oder direkter Repression) ist daher die Herrschaft über Konsens mindestens ebenso wichtig. Damit sind einerseits kulturelle Normen und Werte gemeint, wobei den Einflüssen von nicht-staatlichen Akteuren der Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle zukommt. Zivilgesellschaft wird bei Gramsci als sozialer Raum verstanden. Alle Akteure, die nicht Teil des Staates sind, also die „gemeinhin ‚privat‘ genannten Organismen“ (Gramsci 1991ff. [1929ff.]: 1502), werden der Zivilgesellschaft zugerechnet. Demnach ist diese das Feld, in dem sich künftige Entwicklungswege durch Auseinandersetzungen über den gesellschaftlichen Grundkonsens entscheiden. Die dem zu Grunde liegende Konzeption von Gesellschaft als widersprüchlicher Einheit kann helfen, Probleme der Abgrenzung zu vermeiden. Somit wird deutlich, dass die Zivilgesellschaft durch Machtstrukturen geprägt ist (Leubolt 2006: 18).⁶

⁶ Diese Definition unterscheidet sich vom stark normativ geprägten Konzept der Zivilgesellschaft, das im Zuge der Transformation der osteuropäischen Staaten und der lateinamerikanischen Diktaturen aufkam. Bei diesem Zugang sind die zivilgesellschaftlichen Akteure „nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis, die ... von Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien über unabhängige Medien, Sport- und Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen reichen.“ (Habermas 1990 [1962]: 46). Problematisch erscheint die fehlende Trennschärfe bei der Definition der Akteure.

Gemeinsam mit dem Kern des Staates bildet die Zivilgesellschaft nun den „integralen Staat“, dem die Funktion zukommt, für Hegemonie zu sorgen. Staat ist somit einerseits – in Gestalt von Verwaltungsapparat und Gerichtsbarkeit – etwas Verfestigtes und Verortetes, das von Personen benützt wird und von dem aus Macht ausgeübt wird, andererseits ist er ein Feld der sozialen Auseinandersetzung, ein spezifisches, strukturell bestimmtes und konkret jeweils durch soziale Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft ausgestaltetes Kräftegleichgewicht (Novy 2001a: 42ff.). Die Machtkämpfe um Hegemonie werden zwischen wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Kräften ausgetragen. Die wichtigsten Akteure sind dabei organisierte Interessen, politische Parteien und soziale Bewegungen, wobei zusätzlich den Massenmedien eine entscheidende Aufgabe zukommt (Jessop 2003: 98).⁷ Der gramscianische Hegemoniebegriff beinhaltet jedoch nicht nur die kulturellen Faktoren, denn „hegemony cannot be reduced to issues of value consensus or winning the battle for hearts and minds“ (Jessop 1990: 217). Hegemonie kann nur bestehen, wenn Herrschaft auch mit materiellen Zugeständnissen der Herrschenden an die Beherrschten verbunden ist (Gramsci 1971 [1929ff.]: 161; Becker 2002: 128; vgl. auch: Novy/Leubolt 2004: 7).

2.3 Politische Ökonomie und Abhängigkeit – Eigenheiten peripherer Formationen

In Brasilien, wie auch den anderen Ländern der Peripherie, stellte sich Herrschaft jedoch anders dar. Die oben dargestellten polit-ökonomischen Theorien gelten auch laut ihren Autoren für die OECD-Welt. In der (Semi-)Peripherie konnte z.B. der Fordismus als Form hegemonialer Herrschaft in dieser Form nicht etabliert werden. Daher spricht Joachim Becker (2008b: 19ff.) – unter Bezugnahme auf O’Donnell (1973) und Francisco de Oliveira (1998) von „beschränkter Hegemoniefähigkeit“ in der Peripherie. Die Gründe dafür benennt er – angelehnt an Tillman Evers (1977: 19ff.) als (1) die weltmarktabhängige Reproduktion und (2) die strukturelle Heterogenität der peripheren Gesellschaftsformationen. Mit der Bezugnahme auf das Werk zur „bürgerlichen Herrschaft in der Dritten Welt“ von Evers schließt Becker explizit an die Dependenztheorie an.⁸

⁷ Der gramscianische Zugang, der mit dem Begriff des „integralen Staats“ arbeitet (vgl. dazu: Jessop 2007a: 57ff.) bietet hier Anschlusspunkte an den analytischen Kern von Governance-Theorien, der darin besteht, dass politische Prozesse nicht bloß als staatliche Handlungen verstanden werden dürfen, sondern stets das Zusammenspiel mit nicht-staatlichen Akteuren zu untersuchen ist (vgl. Leubolt 2007b). Dieser Zusammenhang bzw. diese Referenz auf den viel älteren Zugang Gramscis zum Thema wird in der Literatur leider nicht explizit berücksichtigt.

⁸ Evers verband in seinem Buch die dependenztheoretischen Debatten Lateinamerikas mit den deutschen staats-theoretischen Debatten um die Staatsableitung. In Lateinamerika schaffte es das Werk bis 1990 in die fünfte Auflage, was auf relativ breite Rezeption bis in die 1990er Jahre schließen lässt. Das größte innovative Potenzial steckte dabei meiner Ansicht nach in der Auffüllung der staats-theoretischen Lücke der Dependenztheorie und ihrer „Schwester“, der Weltsystemtheorie. Beckers aktueller Aufsatz (Becker 2008b) bezieht zusätzlich noch die Regulationstheorie (näher dazu: Becker 2002) mit ein, um den ökonomischen Ansatz zu ergänzen. Zusätzlich bezieht er

Grundlegende Unterschiede in Bezug auf periphere Gesellschaftsformationen wurden von DependenztheoretikerInnen dahingehend gefasst, dass sie nicht davon ausgingen, dass die europäische Entwicklung das zu erreichende Ideal darstellt und qua Nachahmung periphere Länder aus ihrer „Unterentwicklung“ gelangen könnten. Stattdessen thematisierten die AutorInnen strukturelle Ungleichheiten am Weltmarktzusammenhang, wo reiche Industrieländer die Zentren darstellen, während die Länder der 3. Welt die „Satelliten“ dieser Zentren in der Peripherie darstellten. Der Unterschied zu den Zentrumsökonomie besteht daher in der Situation von „Unterentwicklung“, im Gegensatz zum unentwickelten Kapitalismus Europas (vgl. Frank 1969 [1966]). Die Einbindung in den Weltmarkt erfolgt daher in peripherer – und von den Zentrumsökonomien abhängigen – Position. Diese Situation der Abhängigkeit wurde durch den Imperialismus und neo-imperialistische Praktiken hervorgerufen. Die Auswirkungen davon sind eine Industriestruktur, in der viele wichtige (industriell gefertigte) Güter (mit hoher Wertschöpfung) aus den Zentrumsökonomien importiert werden müssen und daraus resultierend eine starke Position ausländischer Kapitalfraktionen. Diese Voraussetzungen treffen auch auf die so genannten Länder der „Semi-Peripherie“ größtenteils zu. „Neben der Oberschicht von Staaten des Zentrums und der Unterschicht von peripheren Staaten gibt es eine Mittelschicht von Staaten der Semiperipherie“, wie Wallerstein (1979: 51) anmerkt. Ihm zu Folge (Wallerstein 1979: 48ff.) definieren sich semi-periphere Staaten – wie z.B. Brasilien – als Bindeglieder zwischen den kapitalistischen Zentren und den Peripherien. Sie produzieren teilweise Industriegüter für den Binnenmarkt und schwächere Nachbarländer, exportieren jedoch trotzdem Primärgüter an Industrieländer und bleiben im Vergleich zu letzteren in einer peripheren Stellung. Im internationalen Beziehungsgeflecht legitimieren diese Staaten, Wallerstein zu Folge, die Stellung der Zentrumsländer. Viele der Voraussetzungen peripherer Staatlichkeit – wie auch insbesondere die Außenabhängigkeit und die strukturelle Heterogenität treffen auf die Mehrzahl dieser Länder zu.⁹

sich auch auf die oben dargestellte Version materialistischer Staatstheorie mit dem Fokus auf „strategische Selektivität“. Dieser Ansatz wird auch hier verfolgt werden.

⁹ Die Argumentation Wallersteins weist zwar gewisse Probleme auf, wie z.B. das Konzept der „Mittelschicht-Staaten“, das von den internen Klassenverhältnissen abstrahiert und Staaten in Klassen einteilt. Gravierender ist der Funktionalismus: „Die Semiperipherie ist nötig, damit eine kapitalistische Weltwirtschaft funktionieren kann“ (Wallerstein 1979: 50) erscheint nicht hinreichend begründet. Im Gegensatz zu Wallerstein entwickelte Marini im Hinblick auf Brasilien das Konzept des „Subimperialismus“ (Marini 1972). Da diese sub-imperialistischen Beziehungen jedoch in weiterer Folge nicht gesondert behandelt werden, wird Brasilien dennoch durchgehend als semi-peripheres Land bezeichnet. Das hat einerseits Auswirkungen auf außenwirtschaftliche Belange (vgl. Schmalz 2008), was sich in eine breite Debatte über „neue Regionalmächte“ bzw. „BRIC(S)-Staaten“ ausdrückt (vgl. z.B.: Harris 2005; Bandeira 2006; Hurrell 2006; Soares De Lima/Hirst 2006). Andererseits sind die nationalen Handlungsspielräume in der Semi-Peripherie vergleichsweise größer, was mancherorts die Herausbildung eines „Entwicklungsstaats“ ermöglichte (Becker 2004).

In der (Semi-)Peripherie gehen die ausländischen Kapitalfraktionen Verbindungen mit nationalen Fraktionen ein, wobei letztere dabei in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den ausländischen Fraktionen stehen. Es kommt zur „Internalisierung externer Interessen“ (Cardoso/Faletto 1976: 218) bzw. zur Herausbildung von „innerer Bourgeoisie“ – einer Klasse, die weder reine „Kompradorenbourgeoisie“, noch eine genuin „nationale Bourgeoisie“ darstellt (Poulantzas 1975 [1974]: 71f.). Anders als in den zentralen Gesellschaftsformationen sind die Anreize unter diesen Umständen geringer, die Basis für Massenkonsum für einen Massenmarkt zu schaffen. Die Produktion von Produkten mit geringerer Wertschöpfung für den Weltmarkt benötigt keine Binnennachfrage, was die Herausbildung eines Binnenmarktes erschwert (Furtado 1975 [1959]).¹⁰ In weiterer Folge wird dadurch die „strukturelle Heterogenität“ (Córdova 1973) gefördert. Damit ist – ähnlich dem Diktum Schlichtes von der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ – ein Prozess ungleicher Entwicklung gemeint, indem ein Teil der Gesellschaft an den Weltmarkt und damit die einsetzende kapitalistische Entwicklung gekoppelt ist, während ein anderer Teil der Gesellschaft in nicht-kapitalistischen Verhältnissen lebt. Als marginalisierte Bevölkerung sind diese Menschen für den kapitalistischen Verwertungsprozess weitgehend „überflüssig“ (Quijano 1974 [1971]; für die Darstellung der Debatte vgl.: Enriques 2007):

Das heißt, es entsteht ein wachsender Arbeitskräftesektor, der in bezug [sic!] auf den Beschäftigungsbedarf der hegemonialen Ebenen der Wirtschaftstätigkeit, die monopolistisch organisiert sind, *überflüssig* ist; im Hinblick auf die mittleren, konkurrenzkapitalistisch organisierten Ebenen, die durch permanente Instabilität ihrer schwächsten Unternehmen und peripheren Beschäftigungsformen gekennzeichnet sind, sind diese Arbeitskräfte dagegen *flüssig*, d. h. sie sind abwechselnd beschäftigt, unbeschäftigt oder unterbeschäftigt, je nach den Umständen.

Quijano 1974 [1971]: 326; Herv.i.O.

Damit gibt es Anschlusspunkte an die aktuelle Debatte um „Exklusion“ (vgl. Fleury 1998; Kronauer 2002; Bude/Willisch 2008), mit dem Unterschied, dass in der von Quijano angestoßenen Debatte um Marginalität bzw. den „marginalen Pol“ deutlicher die Verbindung zum kapitalistischen Weltsystem und den Abhängigkeitsstrukturen in peripheren Gesellschaften gezogen wurde (vgl. Imbusch 2008). Den Begriff der „Überflüssigen“ leitet Quijano (1974 [1971]: 327ff.) im Gegensatz

¹⁰ Vivek Chibber (Chibber 2004) zeigt jedoch in seiner vergleichenden Analyse des südkoreanischen „Entwicklungsstaats“ mit den Ansätzen in Brasilien, Indien und der Türkei, dass die progressiven Interessen der nationalen Bourgeoisie ein Mythos sind. Ihm zu Folge ist es in erster Linie die Stärke des Staats, gegenüber den Partikularinteressen dieser Gruppen, Entwicklung im Sinne der Allgemeinheit durchsetzen zu können. Dieses Argument passt vor allem in die vorher dargestellten neo-weberianischen Konzepte. Auch der Dependenztheoretiker Frank (1974 [1970]) argumentierte in ähnlicher Weise gegen ein Setzen auf die „nationale Bourgeoisie“, die er aufgrund ihrer Abhängigkeit von der Bourgeoisie des Zentrums als „Lumpenbourgeoisie“ bezeichnete.

zu aktuellen Zugängen (z.B. Wilson 2006) von Marx' Konzept der „relativen Überbevölkerung“ her, grenzt ihn jedoch vom Begriff der „industriellen Reservearmee“ ab (vgl. dazu: Marx 1986 [1890]: 657ff.). Letzterer Begriff suggeriert Quijano zu Folge eine vorübergehend arbeitslose Bevölkerung, die über ausreichend Qualifikation verfügt, um am Arbeitsmarkt für Konkurrenz zu sorgen und somit das Lohnniveau der übrigen Arbeitskräfte weiter nach unten drückt. Die Marginalisierten Lateinamerikas hingegen verfügen nicht über die geforderten Qualifikationen, um im hegemonialen Wirtschaftssektor arbeiten zu können und können somit als „Überflüssige“ auch nicht mit den Arbeitskräften dieses Sektors konkurrieren. Die daraus resultierende Heterogenität der peripheren Gesellschaftsformationen stellt ein dauerhaftes Merkmal ihrer Entwicklung dar (wie dann empirisch am brasilianischen Fall dargestellt wird). Daher wird in der dependenztheoretischen Debatte von „struktureller Heterogenität“ (Córdova 1973) gesprochen.

Joachim Becker (2008b) überarbeitete Evers' Zugang dahingehend, dass er die grundsätzlichen Begriffe der Extraversion und der strukturellen Heterogenität weiter präziserte, indem er den Zugang Evers' mit neueren polit-ökonomischen Theorien wie der Regulationstheorie, materialistischer Staatstheorie und gramscianischen Ansätzen anreichert, um der Frage nachzugehen, „inwieweit der Staat in der Peripherie Unterschiede zum Zentrum im Hinblick auf die ‚strategische Selektivität‘ [...] aufweist“ (Becker 2008b: 10). Becker (2008b: 12ff.) zu Folge muss zwischen aktiver und passiver Extraversion unterschieden werden, wobei aktive Extraversion auf die Generierung von Exportüberschüssen hinausläuft, während bei passiver Extraversion die Abhängigkeit von importierten Gütern hinzukommt. Die daraus resultierenden Handelsbilanzdefizite führen dazu, dass beständig Devisen importiert werden müssen, um die Auslandsforderungen decken zu können und in letzter Folge keine negative Leistungsbilanz saldieren zu müssen. Oft wurde versucht, mittels Aufnahme von Auslandskrediten die ungünstige Entwicklung der Leistungsbilanz auszugleichen. In den 1930er und den 1980er Jahren kam es jedoch zu Schuldenkrisen, die zu neuen Abhängigkeiten von den internationalen Finanzinstitutionen führten (Küblböck/Staritz 2007).

Die „strukturelle Heterogenität“ wirkt sich laut Becker (2008b: 16ff.) vor allem auf die extrem ungleichen Sozialstrukturen aus, was ihn dazu veranlasst, von „sozialstruktureller Heterogenität“ zu sprechen. Diese hat, ihm zu Folge, zwei Facetten. Neben der mit dem Weltmarkt verknüpften „inneren Bourgeoisie“ existiert einerseits ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung, der nicht-kapitalistisch oder auch nur teilweise kapitalistisch (im Sinne von Ruth First als „Arbeiter-Bauern“) organisiert ist. Andererseits gibt es Teile der Bevölkerung, die nicht in Subsistenz leben können und dennoch „überflüssig“ für den kapitalistischen Produktionsprozess sind. Aufgrund des geringen

ökonomischen Drohpotenzials dieser Menschen durch Streik o.ä. geht Becker davon aus, dass sie besonders anfällig für klientelistische Einbindung in Staatsprojekte sind. Implizit an Weber anknüpfend, erweitert Becker (2008b: 19ff.) das gramscianische Schema von Konsens und Zwang um Klientelismus/Korruption, die sich in die anderen beiden Konzepte nicht eingliedern lasse. Die besondere Bedeutung dieses Elements – im Gegensatz zu Konsens-Schaffung über die Gewährung sozialer Rechte resultiert in eingeschränkter Hegemoniefähigkeit (vgl. dazu: Oliveira 1998), weil in der überwiegenden Zahl der Fälle die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um soziale Rechte gewähren zu können.¹¹ Manchmal werden jedoch soziale Rechte zwar gewährt, jedoch nur für politisch besonders artikulationsfähige Gruppen. In diesen Fällen kann Gramscis Konzept der „passiven Revolution“ (Buci-Glucksmann 1979; Sassoon 1982; Adolphs/Karakayali 2007; Vianna 2007) zum Verständnis beitragen. Staatliches Eingreifen „von oben“ verhindert demnach revolutionäre Bewegungen „von unten“. Die „gefährlichen“ Gruppen werden in das Staatsprojekt integriert. Es kommt zwar zu Veränderungen im Block an der Macht, aber in Form einer konservativen Modernisierung und nicht in Form revolutionärer Transformation. Sozialpolitik zielt in diesem Sinne nicht primär auf den Abbau sozialer Ungleichheit ab, sondern sie trägt in erster Linie zur punktuellen Verbesserung der Lebensverhältnisse politisch besonders artikulationsfähiger Gruppen bei, die z.B. durch strategisch wichtige Positionen, durch Streiks oder alternative gesellschaftliche Vorstellungen, dem Block an der Macht „gefährlich“ werden könnten (vgl. Leubolt/Tittor 2008: 117).

In Bezug auf die handelnden Akteure betont Becker die Wichtigkeit der Einbeziehung von Parteien. „Diese unterscheiden sich je nach sozio-ökonomischen Kontext, sozialer Basis und innerer Struktur sowie dem Parteiensystem“ (Becker 2008b: 21). Damit greift er die Frage von Repräsentationsformen (vgl. Jessop 2007b: 83; für den peripheren Kontext am Beispiel Jordaniens vgl.: Lenner 2008) von der praktisch relevantesten Form her an. Das Parteiensystem muss jedoch nicht das pluralistische liberale System, sondern kann auch ein Einparteiensystem sein. Ausnahmen sind dynastische Systeme, die auf der arabischen Halbinsel auftreten und insbesondere auch Militärregimes, deren Auftreten durch ökonomische und politische Krisen wie auch durch externe Kräfte aus den Ländern des Zentrums und innermilitärische Faktoren begünstigt wird (Becker 2008b: 23).¹² Insgesamt ist die Frage der Repräsentationsformen eine zentrale Frage für

¹¹ Becker betont demzufolge – analog zu Schlichte – die Bedeutung der Staatsfinanzen. Im folgenden Abschnitt wird diesem Thema daher nochmals näher nachgegangen.

¹² Damit spricht Becker einen besonders von Poulantzas bearbeiteten Bereich an: den kapitalistischen Ausnahmestaat (vgl. z.B. Poulantzas 1980: 604f.). Poulantzas unterscheidet dabei den Bonapartismus vom Faschismus und der

Sozialwissenschaft im peripheren Kontext wie besonders von Spivak (2008 [1988]) – unter Bezugnahme auf einen post-modern beeinflussten Theorierahmen – herausgearbeitet wurde. Anschließend soll nochmals kurz auf die relevanten Theoriebereiche für die danach folgende empirische Untersuchung Brasiliens eingegangen werden.

2.4 Erste Synthese und Operationalisierung für die Fallstudie

(Neo-)Weberianische Argumente stellen vor allem auf die Notwendigkeit der Etablierung bürokratischer rechtsstaatlicher Normen ab. In Lateinamerika wurde das insbesondere über den Diskurs um „*Cidadania*“ (port., bzw. (sp.) „*Ciudadania*“ oder (engl.) „*Citizenship*“; vgl.: Dagnino 2003; Alvarez et al. 2004) in die Praxis sozialer Bewegungen und politischer Parteien übernommen. Ihr Ziel bestand darin, gegenüber klientelistischen Gängelungen, soziale Rechte zu etablieren (Taylor 2004). Über den weberianischen Rahmen hinausweisend, wurde diesbezüglich in weiterer Folge die Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung diskutiert. Dadurch bekam das weberianische Projekt eine republikanische Prägung (Winckler 2000). Im Rahmen der weberianischen Konzeption bewegt sich die Etablierung staatlicher (relativer) Autonomie gegenüber mächtigen Gruppen, um zu verhindern, dass einzelne Gruppen ihre Partikularinteressen durchsetzen können. Dies wird vor allem im Diskurs um die Notwendigkeit eines „starken Staats“ bzw. eines „Entwicklungsstaats“ betont (vgl. z.B.: Rueschemeyer/Evans 1985). Dieser grenzt sich von einem patrimonialen Staat ab, wo die herrschende Gruppe den Staat als ihr persönliches Eigentum betrachtet und frei nach dem Motto Ludwig IX. „*l'etat, c'est moi*“ regiert.

Die kritische neo-weberianische Konzeption von Schlichte fokussiert noch ein weiteres Feld, das selten explizit in Analysen (semi-)peripherer Staatlichkeit einbezogen wird: die Finanzsoziologie (vgl. Moore 2004). Schlichte fokussiert dann vor allem die Staatseinnahmen, lässt aber die Staatsausgaben ein wenig außen vor. Das Budget ist aber mindestens ebenso wichtig, als „das aller täuschenden Ideologien rücksichtslos entkleidete Gerippe des Staates. Der Staat kann nicht wesentlich anders sein wie sein Haushalt“, wie Rudolf Goldscheid (1976a [1917]: 188), der Begründer der Finanzsoziologie schrieb. Die Analyse und Gegenüberstellung verschiedener Budgetposten soll daher auch hier Bestandteil sein.

Militärdiktatur. Die letzteren Phänomene untersuchte er näher in Form von Konjunkturanalysen des deutschen und italienischen Faschismus (Poulantzas 1973 [1970]) sowie der spanischen, portugiesischen und griechischen Militärdiktaturen (Poulantzas 1977) und kam dabei zum Schluss, dass Militärdiktaturen weitaus instabiler sind, da ihnen die faschistische Partei zur Vereinheitlichung fehlt und daher die internen Widersprüche stärker ausgeprägt sind als im Faschismus oder parlamentarisch-demokratischen Herrschaftssystemen, in denen Parteien für die organische Zirkulation der Klasseninteressen sorgen (Poulantzas 1977: 112f.).

Goldscheid behandelte jedoch auch die Steuern noch aus einem etwas anderem Blickwinkel, als Schlichte und auf Schumpeter (1976 [1918]) fußende Zugänge (wie z.B.: Moore 2004), die in erster Linie auf die Notwendigkeit eines Fundaments von Steuern abstellen, um zivilgesellschaftlichen Druck auf die Erfüllung öffentlicher Aufgaben herzustellen. Goldscheid kritisiert dem gegenüber die Abhängigkeit von Steuereinnahmen, da somit gleichzeitig eine Abhängigkeit von der ökonomischen Konjunktur besteht. Noch schärfer kritisierte Goldscheid die Staatsverschuldung, da sich die staatliche Abhängigkeit von Kapitalinteressen in dem Maße vergrößert, in dem die Interessen der GläubigerInnen bedient werden müssen, wobei zusätzlich durch Zahlung von Zins und Zinseszins eine gesellschaftliche Umverteilung zugunsten der KapitalbesitzerInnen stattfindet. „Im verschuldeten Steuerstaat [...] muß notwendig das gesicherte Privateigentum als zuverlässigster Rückhalt des Fortschritts und der bürgerlichen Freiheit erscheinen, muß die Privatwirtschaft zum letzten Bollwerk gegen die öffentliche Verschwendung werden. Deshalb versinkt der verschuldete Steuerstaat auch in immer tiefere Abhängigkeit von Privaten [...] Der verarmte Staat ist bloß noch souverän aus zweiter Hand. Er muß Bittsteller bei den Besitzenden sein, um Befehlender gegenüber den Besitzlosen bleiben zu können“ (Goldscheid 1976b [1917]: 265). In diesem Sinne führt die Abhängigkeit von Steuereinnahmen¹³ auch zur Abhängigkeit von der Aufrechterhaltung der Profitrate und in weiterer Folge des gesellschaftlichen Reichtums. „Den Armen kann nur geholfen werden, wenn es möglichst viele Reiche gibt, das war bisher das Grundgesetz der geltenden Wirtschaftslehre“ (Goldscheid 1976b [1917]: 295). In diesem Sinne wird in dieser Arbeit zumindest ansatzweise mit Hilfe von Budgetanalysen und der Thematisierung der Herkunft staatlicher Einnahmen den theoretischen Ansätzen der Finanzsoziologie nachgegangen.¹⁴

Die Kategorien des Dependenzansatzes – verbunden mit materialistischer Staatstheorie – wie im Ansatz von Becker dargestellt, helfen zur Fokussierung von Abhängigkeitsverhältnissen und der Verortung Brasiliens im Weltmarkt, auf dem das Land als semi-periphere Nation Abhängigkeiten unterworfen ist, aber dennoch größere Spielräume als periphere Staaten hat. Trotz der Überschneidungen mit kritischer neo-weberianischer Staatstheorie für die Peripherie à la Schlichte

¹³ Goldscheids Gegenkonzept (Goldscheid 1976b [1917]: 309ff.) zum „Steuerstaat“ ist eine „Vermögensabgabe in natura“, womit er einen einmaligen Akt der staatlichen Aneignung großer Privatvermögen bezeichnet. Eine weitreichendere Diskussion dieses Konzepts würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

¹⁴ In den 1970er Jahren waren es vor allem die Arbeiten von James O'Connor (O'Connor 1974), die der Finanzsoziologie Goldscheids wieder zu Bedeutung verhelfen. In Deutschland entwickelte Krätke das Konzept weiter zu einer „politischen Ökonomie des Steuerstaats“ (Krätke 1984) – ein Feld das heute mit Ausnahme von „Gender Budgeting“ (vgl. Beigewum 2002; Judd 2002) wenig beachtet wird (aktuelle Ausnahme: Stütze 2008).

zeichnet den dependenztheoretisch unterfütterten Ansatz materialistischer Staatstheorie aus, die Dynamiken des kapitalistischen Staatensystems besser handhaben zu können.

Der Fokus auf Hegemonie trägt dazu bei, das Feld der Untersuchung vom Staat im engen Sinn auf den „integralen Staat“ zu lenken, wo das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft (ähnlich analytischer Konzepte des *Governance*-Ansatzes; vgl. Leubolt 2007b) entscheidend ist. Dabei ist das Zusammenspiel von sozialen Auseinandersetzungen und staatlicher Entwicklung wichtig. Die Frage politischer Repräsentation und von Parteien fällt in diesen Bereich. Zusätzlich unter Rückgriff auf die Heuristik des Staates als „materieller Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ (Poulantzas 2002 [1978]) auf Widersprüche innerhalb des Staatsapparats abgestellt. Wie z.B. Heigel (2007) unter Rückgriff auf Poulantzas zeigt, stellen das Finanzministerium und die Zentralbank oft neoliberale Bastionen dar, selbst in Staaten, die eine post-liberale Transformation anstreben. Mit Hilfe dieses Ansatzes werden Widersprüche und Fraktionen innerhalb des brasilianischen Staats unter Lula kurz dargestellt.

Besondere Aufmerksamkeit kommt bei der Darstellung des brasilianischen Fallbeispiels der Entwicklung von Sozialstaatlichkeit zu, wo sich Praktiken des Klientelismus besonders deutlich äußern. Bezugnehmend auf den gramscianischen erweiterten Staatsbegriff, lässt sich Sozialstaatlichkeit als staatliche Interventionen definieren (vgl. Leubolt/Tittor 2008: 116f.), die in Produktion und Reproduktion eingreifen und die materiellen Lebensverhältnisse verbessern. Dazu zählen neben der Regulierung der Arbeitsbeziehungen, insbesondere des Arbeitsschutzes, den Aufbau von (Ver-)Sicherheitssystemen sowie die Bereitstellung von Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen etc. beispielsweise die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und Heizmaterial sowie Agrarreformen. Grundsätzlich lassen sich dabei universalistische Tendenzen, bei denen die gesamte Bevölkerung vom Sozialstaat profitieren soll und somit soziale Rechte geschaffen werden (vgl. Esping-Andersen 1990) von philanthropischen, assistenzialistischen und klientelistischen Tendenzen unterscheiden, wo die Gewährung von sozialen Leistungen in Form von „Almosen“ stattfindet. Daher entsteht hierbei ein Abhängigkeitsverhältnis der Bedürftigen von ihren „GönnerInnen“. In leicht abgeschwächter Form kann diese Abhängigkeit auch bei aktuellen Tendenzen zur „Treffsicherheit“ bzw. „Fokalisierung“ von Sozialpolitik auftreten (vgl. Mkandawire 2005). Mit diesen Unterscheidungen kann dann das Repertoire Webers verfeinert werden. Der anschließend dargestellte Fall der brasilianischen Entwicklung soll das zeigen.

3 Staat und politische Ökonomie in Brasilien

Eine weitere Komponente, die sowohl von Schlichte als auch von Becker thematisiert wird, ist die Frage von Zeit – bzw. der historischen Entwicklung, die aktuellen gesellschaftlichen Strukturen zugrunde liegt. Dafür lässt sich die Entwicklung Brasiliens in Anlehnung an die von Dieter Boris (2001) entwickelte Periodisierung der politischen Ökonomie Lateinamerikas unterteilen in (1) Entstehungsphase und anschließende Export-Orientierung (bis 1930), (2) binnenmarkt-orientierte Phase der Importsostituierenden Industrialisierung (ISI: 1930-1980er), (3) neoliberale Phase (1980er bis 2002) und (4) aktuelle polit-ökonomische Brüche und Kontinuitäten (vgl. auch: Boris 2007; für die Adaptierung für Brasilien vgl.: Novy 2001a). Bezüglich der Frage von Repräsentation ist die offizielle Unabhängigkeit des Landes unter dem portugiesischen Kaiser Pedro I. im Jahr 1822 zu nennen. Ein Militärputsch nach der Abschaffung der Sklaverei beendete dann 1889 die kaiserliche Herrschaft und führte in weiterer Folge zur Ausrufung der ersten Republik. Der Putsch von Getúlio Vargas 1930 führte dazu, dass nationalistische Bewegungen begannen, dominant zu werden – Phasen liberaler Demokratie und autoritäre Phasen lösten sich ab, bis 1964 Militärs die soziale Radikalisierung während einer parlamentarisch-demokratischen Phase damit beendeten, dass sie die Macht ergriffen. Erst in den 1980er Jahren begann die Demokratisierung des Landes, die 1988 in der demokratischen Erstellung der Verfassung Brasiliens und 1989 in der ersten Präsidentenwahl gipfelte (Bernecker et al. 2000). Der Amtsantritt von Luiz Inácio Lula da Silva im Jahr 2003 bedeutet teilweise ein Abkehren vom bis dahin verfolgten neoliberalen Kurs. Ob und inwiefern die Regierung Lula die sozio-ökonomische Entwicklung Brasiliens beeinflussen konnte, soll schließlich in dieser Arbeit unter Rückgriff der im vorigen Kapitel erarbeiteten Theorien herausgearbeitet werden.¹⁵

3.1 Sklaverei und Patrimonialismus als Grundlagen der Exportorientierung

In Anlehnung an Novys Typologisierung brasilianischer Staatlichkeit (Novy 2001a: 75ff.)¹⁶ kann deren erster Zyklus als sklaverei-basiert und export-orientiert bezeichnet werden. Während die indigene Bevölkerung weitestgehend ausgerottet wurde, ließen die europäischen Kolonialherren aus Afrika stammende SklavInnen den Großteil der Arbeit verrichten. Als eines der letzten Länder

¹⁵ Bei der folgenden Darstellung greife ich teilweise auf schon anderweitig publizierte Arbeiten zurück, insbesondere auf: Leubolt 2007a; Leubolt/Tittor 2008.

¹⁶ Novy (2001a: 75ff.) unterscheidet in seiner Typologisierung die „Sklavereibasierte Akkumulation“ (1500-1822) von der „Extensiven Akkumulation“ (1822-1929). Erstere ist überwiegend vor-kapitalistisch, während in zweiterer Phase der Übergang zum Kapitalismus erfolgte. Da der Fokus hier auf den aktuellen Umbrüchen liegt, werden diese beiden Phasen zusammen betrachtet.

weltweit schaffte Brasilien die Sklaverei erst 1888 ab. Den ehemaligen SklavInnen wurde jedoch der Zugang zu Land verwehrt und somit die Möglichkeit zur Selbstversorgung genommen, sodass sie gezwungen waren, ihre Arbeitskraft – oft an ihre früheren Besitzer und zu Preisen unter dem Subsistenzniveau – zu verkaufen (Novy 2001a: 91). Die Exklusion der ehemals versklavten Afro-BrasilianerInnen wurde durch staatliche Migrationspolitik verschärft, die nicht auf deren Eingliederung in die entstehenden dynamischen Industriezweige, sondern stattdessen auf den Zuzug von europäischen und teilweise asiatischen Arbeitskräften setzte.

Die dazugehörige Staatsform kann – mit Weber – als Patrimonialismus bezeichnet werden (Roett 1999; Faoro 2001 [1958]: 33ff.). Im patrimonialen Staat herrschte der portugiesische König uneingeschränkt über seine Untergebenen. Seine Machtbasis beruhte auf dem Besitz des Landes und der Kontrolle über den Handel. Da diese Macht nicht von einer Person allein ausgeübt, sondern von einem ganzen Stand verwaltet wurde, war es der königliche Hof, an dem sich die Macht zentralisierte (Faoro 2001 [1958]: Kap. 1). In dieser Staatsform folgt die Machtausübung keinen Regeln, sondern erfolgt über persönliche Beziehungen. Die Untertanen werden über Abhängigkeitsverhältnisse beherrscht, da sie über keine Rechte verfügen, sondern stets auf die Gunst des Herrschers angewiesen sind. Abgesehen vom schleppenden und fragmentierten Aufbau eines staatlichen Schulwesens, gab es bis in die 1920er Jahre fast keine staatliche Sozialpolitik oder gar soziale Rechte. Vereinzelt gab es philanthropische Fürsorge-Leistungen seitens Sklavenbesitzern bzw. Großgrundbesitzern oder kirchlicher Organisationen (Pochmann 2007: 86f.). Diese Periode kann als grundlegend für die weitere brasilianische Entwicklung betrachtet werden: die extrem ungleiche Sozialstruktur Brasiliens hat hier ebenso ihre Wurzeln wie klientelistische Politik. Wenngleich die Dominanzverhältnisse zentralisierte Macht nahelegen, war die Machtausübung in der Praxis dezentral, wie dies Jessé Souza (2008: 95ff.)¹⁷ in Anlehnung an Gilberto Freyre (1992 [1933]) zeigt: Der lokale Patriarch hatte am Land das Sagen und herrschte über die „erweiterte Familie“, d.h. die im Herrenhaus lebende eigene Familie und die in der Sklavenhütte lebenden SklavInnen. Selbst die Infrastruktur war so schlecht ausgeprägt, dass landesweiter Transport nahezu unmöglich war.

¹⁷ Souza kritisiert zwar die Konzeption Faoros für die daraus folgende „Annahme eines ewigen personalistischen und familistischen Atavismus, der in seinen unendlichen Variationen [...] als ewige Kontinuität persönlicher und familistischer Beziehungen selbst in komplexen peripheren Gesellschaften wie der brasilianischen vorausgesetzt wird“ (Souza 2008: 92). Seine Darstellung der „peripheren Moderne“, die Brasilien darstellt, deckt sich jedoch weitestgehend mit der hier vertretenen Auffassung.

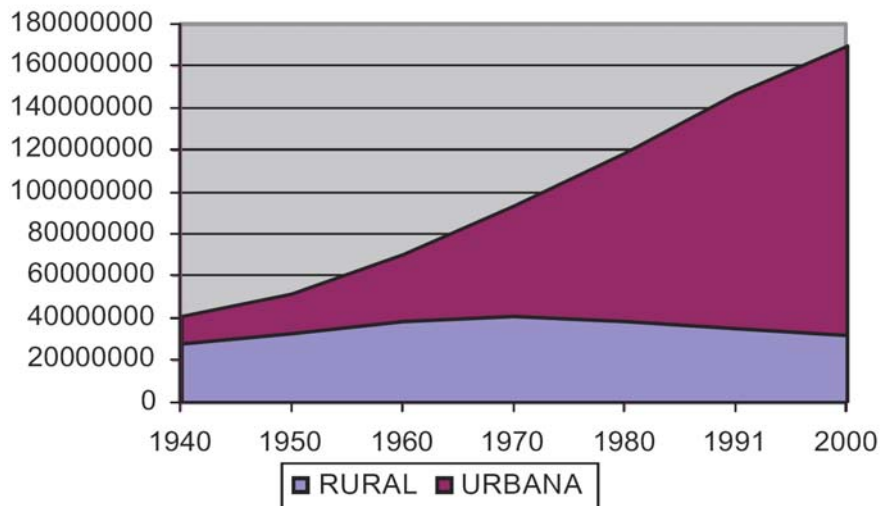
Die passive Extraversion nahm auch in der Phase der Kolonialisierung ihren Anfang (vgl. Novy 2001a: 77ff.). Erst war Zuckerrohr der am meisten exportierte Rohstoff, später kam noch Bergbau hinzu. Die hohen Preise am Weltmarkt ermöglichten den Großgrundbesitzern hohe Gewinne, sodass sie den Großteil der Konsumgüter aus Europa importieren konnten. Die Sklavereiwirtschaft war ein weiterer Grund, der die Herausbildung eines Binnenmarktes verhinderte (Furtado 1975 [1959]). Der Übergang zur Kaffeewirtschaft im 19. Jahrhundert ging zwar einher mit Industrialisierung und Verstädterung, die ungleichen Wirtschaftsstrukturen und die strukturelle Heterogenität blieben jedoch bestehen (vgl. dazu Freyre 1990). Vor allem im 19. Jahrhundert führte die staatliche „Rettung“ von in die Krise geratenen Kaffeebaronen dazu, dass die Staatsverschuldung ins Ausland beträchtlich zunahm (vgl. Novy 2001a: 91). Die staatliche Macht blieb während dieser Phase eng an die dominanten Wirtschaftssektoren gebunden, was sich z.B. darin ausdrückte, dass sich die Präsidenten bis 1930 abwechselnd aus dem Bundesstaat Minas Gerais (Bergbau) und aus São Paulo (Kaffee) gestellt wurden. Die Revolution 1930, die Getulio Vargas aus dem südlichsten Bundesstaat Rio Grande do Sul an die Macht brachte (Pandolfi 2003: 16ff.), war schließlich der Anfang einer neuen Epoche.

3.2 Importsubstitution, Positivismus, Populismus und Militärdiktatur

1930 begann mit einem Militärputsch und der daran anschließenden Machtergreifung von Getúlio Vargas eine neue Epoche. In positivistischer Manier verfolgte der neue Block an der Macht, in dem die aufkommende Industriebourgeoisie zulasten der Großgrundbesitzer gestärkt wurde, eine „Modernisierung von oben“. Durch die große Weltwirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit mussten sich die Staaten der Peripherie vom Status reiner Extraktionskolonien der kapitalistischen Zentren lösen. Der Verlust der Absatzmärkte für den Export und die drastische Abnahme der Importe führten dazu, dass ein nationaler Absatzmarkt geschaffen werden musste. Dafür musste die Wirtschaftspolitik radikal geändert werden. Die Lösung wurde in der import-substituierenden Industrialisierung (ISI) gesucht (vgl. Furtado 1975 [1959]). Dabei kam dem Staat eine starke Rolle als Initiator und Lenker von Entwicklung zu – daher wurde von „Entwicklungsstaat“ gesprochen. Die hier praktizierten Entwicklungskonzepte setzten in erster Linie auf Investitionen in den dynamischen Sektor des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Die Anwendung dieser wachstumsmaximierenden Strategie wurde besonders deutlich durch die finanzielle Unterstützung eines rapiden Urbanisierungsprozess und der Kommerzialisierung und Exportausrichtung des landwirtschaftlichen Sektors, bei gleichzeitig stattfindender Proletarisierung landwirtschaftlicher Arbeit (Becker 2004: 145ff.). Obwohl das Wirtschaftswachstum durch einen sozialen Aufstieg relevanter Teile der Gesellschaft gestützt wurde, lag die politische Initiative bei den konservativen

Kreisen. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung stellte für sie eine Art „Flucht nach vorne“ (Fiori 1995: xix) dar – es fanden zwar Umstrukturierungen statt: Die Agraroligarchie musste zugunsten der Industriebourgeoisie Konzessionen machen, die soziale Ungleichheit wurde hingegen in neuen Formen fortgeschrieben.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung und Urbanisierung, 1940-2000



Quelle: IBGE, zit. nach: Brito 2006: 222

Für Veränderungen sorgte dabei insbesondere der rapide Urbanisierungsprozess (vgl. Abb. 1). Den Daten des brasilianischen Instituts für Statistik und Geographie (IBGE) zu Folge (www.ibge.gov.br), stieg der Grad der Urbanisierung in dieser Phase von 31% im Jahr 1940 auf 68% im Jahr 1980. Dieser radikale Prozess der Urbanisierung war vor allem auf Binnenmigration in die entstehenden urbanen Zentren zurückzuführen, auf die sich die Wachstumsdynamik übertrug. Nur ein geringer Anteil der MigrantInnen fand Arbeit in den dynamischen Sektoren der Wirtschaft. Ganz wie von Quijano beschrieben, existierte der marginalisierte Teil weiter – migrierte jedoch teilweise in informelle Armenviertel (*Favelas*; vgl. Huchzermeyer 2002). Die Dynamik des Wirtschaftswachstums kam in erster Linie den reichsten Personen des Landes zu gute (insbesondere in den Städten, aber auch Teilen der Agraroligarchie). So verdienten die reichsten 20% der Bevölkerung 1960 schon 53,77% des nationalen Gesamteinkommens und konnten diesen Anteil auf 65,7% im Jahr 1980 vergrößern. Das reichste Prozent verdiente 11,9% im Jahr 1960, was sich auf 16,9% im Jahr 1980 erhöhte (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Einkommensverteilung: Brasilien, 1960-1980, in Prozent

	1960	1970	1980
1. Quintil	3,49	3,16	2,80
2. Quintil	8,07	6,85	5,00
3. Quintil	13,81	10,81	9,60
4. Quintil	20,86	16,94	16,90
5. Quintil	53,77	62,24	65,70
Oberstes 1%	11,90	14,70	16,90
Quelle: World Development Report 1996; zit. nach: Novy 2001a: 99			

Die reichsten BrasilianerInnen setzten sich dabei aus verschiedenen Kapitalfraktionen zusammen, die eng mit dem aktiven bürgerlichen „Entwicklungsstaat“ zusammenarbeiteten. Mittels Infrastruktur und staatlichen Betrieben zur Bereitstellung von Zwischengütern unterstützte der Staat das private brasilianische Kapital in den Bereichen Handel und Dienstleistungen. Neue nicht-traditionelle Sektoren entstanden v.a. während der Militärdiktatur ab 1964 in Form von Petrochemie, militärisch-industriellen Komplexen, Hochtechnologie, etc., die oft extern kontrolliert waren. Brasilien komplettierte seine Industriestruktur (Novy 2001a: 98ff.). Mittels massiver staatlicher Interventionen wurde eine Industriebourgeoisie kreiert, wobei sowohl Fraktionen von nationaler Bourgeoisie wie auch Kompradorenbourgeoisie und die „Mischform“ der „Inneren Bourgeoisie“ im „Block an der Macht“ existierten (Faucher/Baggio-Huerre 1980; zu den Konzepten vgl. Poulantzas 1975 [1974]: 70ff.).

Wie im theoretischen Teil erwähnt, muss staatliche Herrschaft immer auch konsensual abgesichert werden. Die wichtigste Fraktion, die berücksichtigt werden musste, bildete das im Zuge der ISI erstarkte Industrieproletariat, das in dieser Epoche über die Gewährung von Arbeitsrechten in das Regime integriert wurde. Diese Maßnahme war zugleich der Beginn des verstärkten Aufkommens staatlicher Sozialpolitik (D'Araujo 2003). Sie erfolgte jedoch nicht zuletzt, um das revolutionäre Potenzial der überwiegend aus Europa zugewanderten AnarchistInnen, SozialistInnen und KommunistInnen einzudämmen. 1935 kam es zum Versuch einer Revolution durch die Nationale Befreiungsallianz (ANL) – einer Art linker antifaschistischer Einheitsfront, der schnell von staatlichen und faschistischen para-militärischen Kräften niedergeschlagen wurde. Danach wurde Vargas' Vorgehen zusehends autoritärer und mündete im semi-faschistischen Estado Novo 1937, der sich v.a. durch Arbeitsrechte und Sozialpolitik legitimierte (Vianna 2003).

Wenngleich Sozialleistungen – wie die Bereitstellung von Wohnraum, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen – in Kontinuität der vorangegangenen Phase anfänglich noch stark der Verantwortung der Unternehmen unterlagen, zeigte sich in den 1930er Jahren eine deutliche Tendenz zur Verstaatlichung dieser Leistungen. Neben dem Drohpotenzial des Industrieproletariats

war auch der Druck der Industriellen zur Sozialisierung der Reproduktionskosten ausschlaggebend dafür. Im Zuge dieser Entwicklungen vergrößerte sich die Steuerbasis des brasilianischen Staats und staatlich definierte Mindestlöhne (1940 eingeführt) gewannen zusehends an Bedeutung. Diese sozialen Rechte galten jedoch nur für das formell beschäftigte – überwiegend männliche – städtische Industrieproletariat, während die informell Beschäftigten und die LandarbeiterInnen – die überwiegende Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung – sowie die Mehrheit der Frauen davon ausgeschlossen blieben (Pochmann 2007: 90ff.). Die wichtigsten Zugeständnisse für die Industriearbeiterschaft wurden schließlich ab 1943 über die Arbeitsrechte (*Consolidação das Leis do Trabalho*) gemacht, die Urlaubs-, Kündigungs- und Pensionsrecht regelten. Zusätzlich hatten auch diese Errungenschaften autoritäre Züge, da die Gewerkschaften dem Arbeitsministerium unterstellt wurden, um mittels der Bekämpfung autonomer gewerkschaftlicher Organisation konfliktive Arbeitsbeziehungen zu vermeiden (D'Araujo 2003). Novy (2001b: 82) beschreibt die Mischung aus sozialistischen und faschistischen Einflüssen treffend: „Das Arbeitsrecht war positivistisch inspiriert, war progressiv und autoritär, modern und konservativ zugleich“. Später wurden die Arbeitsrechte durch ein Programm zur staatlichen Stützung der Ernährung der formell Beschäftigten (PAT, seit 1976) und durch ein Schulspeisungsprogramm (*Pnae*, seit 1955) ergänzt – also assistenzialistische staatliche Leistungen in der philanthropischen Tradition der Sozialpolitik. In Anlehnung an Tavares (1993) kann das politische Programm als „konservative Modernisierung“¹⁸ bezeichnet werden. Statt eines Wohlfahrtsstaats wurde ein bürgerlicher „Entwicklungsstaat“ etabliert. Mit geringfügigen Änderungen existierte dieses System bis zum Ende der Militärdiktatur in den 1980er Jahren weiter. In diesem Sinn kann von ausgeprägter struktureller Heterogenität der Sozialstaatlichkeit gesprochen werden. Klientelismus und Patrimonialismus im ländlichen Bereich koexistierten mit selektivem Staatskorporatismus im städtischen Bereich. Mit Gramsci kann die in dieser Phase betriebene „konservative Modernisierung“ als „passive Revolution“ begriffen werden (Freire 2001) – mittels Zugeständnissen an die potenziell systemgefährdenden Kräfte einerseits und staatlicher Repression gegenüber den Kräften, die sich nicht einbinden ließen andererseits, konnte sichergestellt werden, dass es zu keinen radikalen Transformationen kam. „Irgendetwas reformieren, damit nichts transformiert wird“, wie Octávio Ianni (1992: 100; zit. nach: Freire 2001: 164; eigene Übers.) das treffend ausdrückt.

¹⁸ Die Ideologie der „konservativen Modernisierung“ geht nicht zuletzt auf den Positivismus nach Auguste Comte zurück, der schon bei der Gründung der Republik 1889 tragend war, wie die damals eingesetzte Flagge zeigt, deren Aufschrift „Ordnung und Fortschritt“ (*Ordem e Progresso*) in diese Richtung weist (http://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Brasiliens).

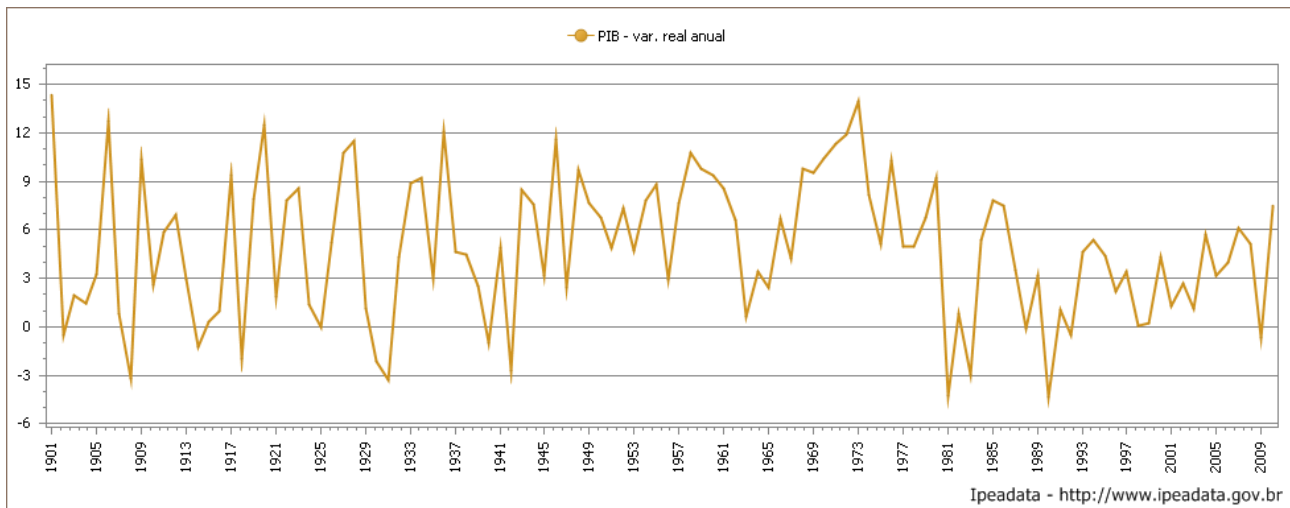
Das leitet zur Frage der Repräsentation über, die in diesem Abschnitt nicht so gleichförmig verlief, wie dies durch den Zyklus der ISI erscheinen könnte. Die Machtergreifung von Getúlio Vargas war der letzte Schritt einer ursprünglich von liberalen dissidenten Oligarchen angeführten Bewegung, die sich „Liberale Allianz“ (*Aliança Liberal*) nannte und für geheime Wahlen sowie gegen Wahlbetrug eintrat. Es gab zwei große Strömungen – eine setzte sich v.a. für liberale Rechte und mehr Föderalismus ein, die andere mehr für Sozialreformen. Nachdem ihr Kandidat Getúlio Vargas 1930 nicht zum Präsidenten gewählt wurde, kam es zum Staatsstreich. Als Präsident wandte sich Vargas v.a. dem zweiten Flügel zu und führte den staatlich gelenkten Korporatismus ein (Pandolfi 2003). Neben den oben erwähnten sozialpolitischen Maßnahmen war vor allem die nationalistische Ideologie der „ideologische Kitt“ der Ära Vargas, die mit kurzen Unterbrechungen bis zu seinem Selbstmord 1954 andauerte.¹⁹ Nationalistische Bewegungen waren auch innerhalb der Linken hegemonial, wobei starke Beziehungen zur kommunistischen Partei (*Partido Comunista Brasileira*) bestanden (Sader 2005: 60). Das führte z.B. 1950 zur Verstaatlichung der Erdölextraktion, die von sozialen Bewegungen unter dem Slogan „Das Erdöl gehört uns“ („*O petróleo é nosso*“) gefordert wurde (vgl. Sicsú 2008: 9).

Nachdem Juscelino Kubitschek Brasilien wieder stärker Richtung USA ausrichtete, radikalisierten sich die links-nationalistischen Bewegungen während der Regierung von João „Jango“ Goulart ab 1961. Neves (2001: 196ff.) zu Folge war „Jango“ zentraler Vertreter eines pragmatisch-reformistischen Flügels der regierenden Partei PTB. In seinem Programm mischte sich Nationalismus mit Ansätzen der „*nation-building*“: sozialer Frieden sollte durch staatliche Intervention und Umverteilung von Einkommen und via Landreform hergestellt werden.²⁰ Die Radikalisierung hatte auch damit zu tun, dass soziale Bewegungen aktiv wurden, da schon die Machtübernahme „Jangos“ beinahe zu einem Militärputsch geführt hatte, denn er übernahm sein Amt als Vize-Präsident nachdem der gewählte Präsident Jânio Quadros zurückgetreten war. Das gesellschaftliche Establishment revoltierte. Eine Situation verschärfter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen führte dazu, dass sich die Bourgeoisie mit den Militärs verbündeten, welche mittels Putsch eine Militärdiktatur ins Leben riefen, die bis in die 1980er Jahre andauern sollte (Fiori 1995: 103f.; Filho 2001).

¹⁹ Vargas wurde 1945 von den Militärs abgesetzt und damit der semi-faschistische *Estado Novo* beendet. 1950 wurde er trotzdem wieder als Präsident gewählt. Die genauen Umstände seines Selbstmordes – unter dem Druck der Militärs, die seinen Kurs als „zu links“ kritisierten – konnten nie ganz geklärt werden (Bernecker et al. 2000).

²⁰ Zu den staatlich geförderten sozial-reformerischen Ansätzen gehörten unter anderem auch die Alphabetisierungskampagnen Paulo Freires, der in seiner „Pädagogik der Unterdrückten“ die Befreiung der Menschen von fremder Herrschaft forcierte (Freire 1984 [1968]).

Abbildung 2: Wirtschaftswachstum (BIP) Brasilien, 1901-2011



Während die Militärdiktatur unter dem Vorzeichen von Sozialreformen unter dem letzten Präsident João „Jango“ Goulart die Macht übernahm, um sozial-revolutionäre Bewegungen im Keim zu ersticken,²¹ ging ihr Abdanken mit der ökonomischen Krise der 1980er Jahre einher (Silva 2003: 253f.; vgl. auch die teilweise negativen Wachstumsraten des BIP in Abb. 2). „In den 1970er Jahren wurde der zentrale Widerspruch offensichtlich, dass die auf den Binnenmarkt orientierte Industrialisierung von extern kontrolliertem Kapital getragen wurde, das zur regelmäßigen Rückzahlung von Gewinnen und Zinsen ans Ausland verpflichtet war. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz verschärfte sich in den 1970er Jahren und bereitete den Boden für die Verschuldungskrise der 1980er Jahre“ (Novy 2001a: 101). Die äußere Grenze des Entwicklungsstaats zeigte sich also als ungünstige Leistungsbilanzentwicklung, da die Produktionsmittel nicht ausreichend im Land vorhanden waren, sondern importiert werden mussten. Von staatlicher Seite wurde versucht, mittels Aufnahme von Auslandskrediten die ungünstige Entwicklung der Leistungsbilanz auszugleichen. Das erschien als gangbare Lösung, solange die Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten niedrig waren. Als die US-Regierung 1979 einseitig beschloss, die Zinssätze radikal zu erhöhen, war es damit vorbei. Brasilien rutschte in die offene Verschuldungskrise (Fiori 1995). Während der Krise radikalisierten sich Klassenkämpfe, was als Inflation wirksam wurde: Die Unternehmerschaft versuchte durch Preiserhöhungen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum noch zu vergrößern. Da die andere Seite versuchte, über

²¹ Unter diesen Umständen äußerte sich radikale Opposition während der 1960er und 1970er Jahre oft – nach dem Vorbild der kubanischen Revolution von 1959 – als bewaffneter Guerilla-Kampf im ruralen und urbanen Bereich gegen die Diktaturen und für Sozialismus (Rollemberg 2003; Sader 2005: 60). Zusätzlich gab es moderate geduldete Opposition in der zweiten Partei neben der Staatspartei ARENA – der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (*Movimento Democrático Brasileiro* – *MDB*). Eine weitere Besonderheit Brasiliens ist, dass die meisten Links-Intellektuellen nicht – wie in Argentinien oder Chile – umgebracht wurden, sondern ins Exil gingen (Information durch Andreas Novy).

Lohnforderungen nachzuziehen, wurde eine Inflationsspirale in Gang gesetzt, was die innere Lage weiter destabilisierte. Zwischen 1978 und 1980 kam es zu mehreren großen Streiks der Gewerkschaft der MetallarbeiterInnen in der Industrieregion ABC²² im Großraum São Paulo. Dies war Teil der Initiative von neuen radikalen Gewerkschaften, die aufgedeckt hatten, dass die Regierung falsche Daten zur Inflation veröffentlichte, was zu Lasten der ArbeiterInnen ging. In diesen Streiks konnte somit die für das Regime legitime Forderung nach höheren Löhnen mit der Forderung nach der Absetzung des Regimes verknüpft werden. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores – PT*) durch – vom „Streikführer“ „Lula“ da Silva angeführte – GewerkschafterInnen, AktivistInnen sozialer Bewegungen, kirchlicher Basisgemeinden und linke Intellektuelle.

Diese Streiks waren Stein des Anstoßes für eine breitere Demokratisierungsbewegung. Nachdem 1982 ein Wahlgremium über den Präsidenten entschied, gab es eine breite Kampagne für Direktwahlen („*direitas já*“), die 1984 ihren Höhepunkt fand. 1984 wurde dann zwar zum ersten Mal der brasilianische Präsident gewählt – jedoch bloß durch ein Wahlgremium und nicht direkt. Der Übergang zur liberalen Demokratie war dennoch nicht aufzuhalten, die Entwicklung entsprach aber eher einem paktierten Übergang als einem revolutionären Umsturz (vgl. Novy 2001a: 136). Im Zuge der Demokratisierungsbewegung artikulierten sich auch soziale Bewegungen, die unter dem Schlagwort „*Cidadania*“ (vgl. Alvarez et al. 2004) gleiche staatsbürgerliche Rechte für alle einforderten. Die Forderung nach demokratischer Mitbestimmung wurde dabei an die Forderung nach der Gewährung von sozialen Rechten bzw. sozialer Sicherheit gekoppelt (Dagnino 1994). Das Ergebnis dieser Kämpfe war schlussendlich 1988 die Teilhabe der Bewegungen an der verfassungsgebenden Versammlung, die „einen Höhepunkt an sozialpolitischem Gestaltungswillen“ (Novy 2001b: 83) darstellte. In der Verfassung wurden soziale Rechte verankert, die – entgegen der gängigen Praxis abstrakter allgemein gehaltener Rechtsdokumente – sehr konkret soziale Rechte institutionalisierten. Einerseits wurde in der Verfassung mit dem staatlichen Zentralismus gebrochen und ein ambitionierter Prozess der Dezentralisierung mit partizipativ-demokratischer Prägung etabliert. Andererseits wurden staatliche EntscheidungsträgerInnen Mindestquoten für Sozialausgaben festgeschrieben, um sicherzustellen, dass auf allen Ebenen die sozialen Rechte auch institutionalisiert würden. Schließlich kam es auch insgesamt zu einer Ausweitung sozialer Rechte. Stets ausgeschlossenen Gruppen wie LandarbeiterInnen wurde Anspruch auf staatliche Mindestrenten gewährt, das Gesundheitssystem universalisiert, indem die berufsabhängigen

²² ABC ist der Name einer Industrieregion in Groß-São Paulo, deren Leitsektor die metallverarbeitende Industrie ist. Sie besteht aus 7 Städten: Santo André, São Bernardo do Campo, São Caetano do Sul, Diadema, Mauá, Ribeirão Pires und

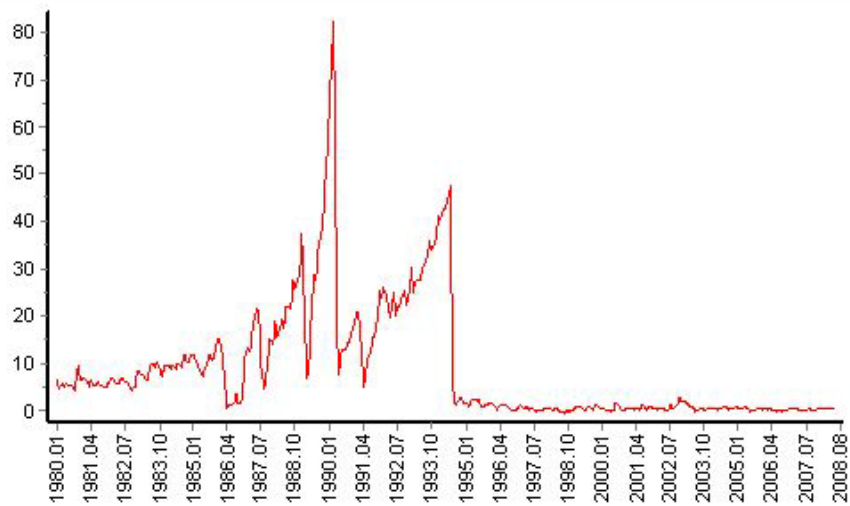
Versicherungssysteme zu einem einheitlichen Gesundheitssystem (*Sistema Único de Saúde – SUS*) zusammengefasst wurden, dessen Leistungen unabhängig von Herkunft oder Beruf beansprucht werden können (IPEA 2009).

Die PT war in Brasilien die Partei, die den republikanisch motivierten Kampf der sozialen Bewegungen um soziale BürgerInnenrechte am stärksten verkörperte. Francisco de Oliveira (2006b: 36) schreibt daher der PT und den mit ihr verbundenen sozialen Bewegungen für die Zeit der Demokratisierung bis 1990 moralische Vorherrschaft im gramscianischen Sinne zu. Ab der einsetzenden Demokratisierung in den 1980er Jahren verlagerte sich linkes Engagement also stark auf institutionelle Praxis und in weiterer Folge auf den Widerstand gegen die aufkommende liberale Vorherrschaft (Sader 2005: 60). Der Höhepunkt dieser institutionellen Praxis schien 2002 mit dem Wahlgewinn von Luiz Inacio „Lula“ da Silva erreicht zu sein – als Kandidat der PT war er Repräsentant einer Partei, deren enge Verwobenheit mit sozialen Bewegungen (v.a. in den 1980ern) einzigartig war (Sader 1987). Inwiefern die Regierung Lula die brasilianische Politik beeinflussen konnte, soll abschließend in dieser Arbeit unter Rückgriff der im vorigen Kapitel erarbeiteten Theorien herausgearbeitet werden. Vorher soll die der Demokratisierung folgende liberale Phase dargestellt werden.

3.3 Demokratisierung und sozial-liberale Widersprüche in den 1990ern

Trotz der moralischen Vorherrschaft der PT in den 1980er Jahren konnte ihr Präsidentschaftskandidat Lula die erste direkte Wahl des Präsidenten 1989 nicht gewinnen. Der Rechtspopulist Fernando Collor de Mello gewann diese Wahlen. Unter ihm begann die liberale Wende, die durch den *Plano Collor* eingeleitet wurde, welcher umfangreiche Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen vorsah. Schon in dieser Phase wurde damit begonnen, Zölle zu senken, die den Binnenmarkt schützen sollten. Um die Inflation zu bekämpfen, beinhaltete der Plan auch unorthodoxe Maßnahmen wie die Einfrierung fast aller Sparkonten oder Lohn- und Preisstops. Zusätzlich kam es zu Preiserhöhungen für öffentliche Güter, zur Auflösung staatlicher Institutionen, der Entlassung von 360.000 Angestellten des öffentlichen Dienstes und einer Reduktion des Militärhaushaltes von 6% auf 2% des BSP (vgl. Sangmeister 1994: 322). Die Inflation wurde dadurch jedoch nur vorübergehend eingedämmt, wie aus Abbildung 3 ersichtlich wird. Collor wurde 1992 wegen Korruption des Amtes enthoben, die Dynamik der wirtschaftspolitischen Umstrukturierung entfaltete sich dann voll unter dem *Plano Real*, den Fernando Henrique Cardoso 1994 als Finanzminister einführte.

Abbildung 3: Inflation, Brasilien, 1980-2008

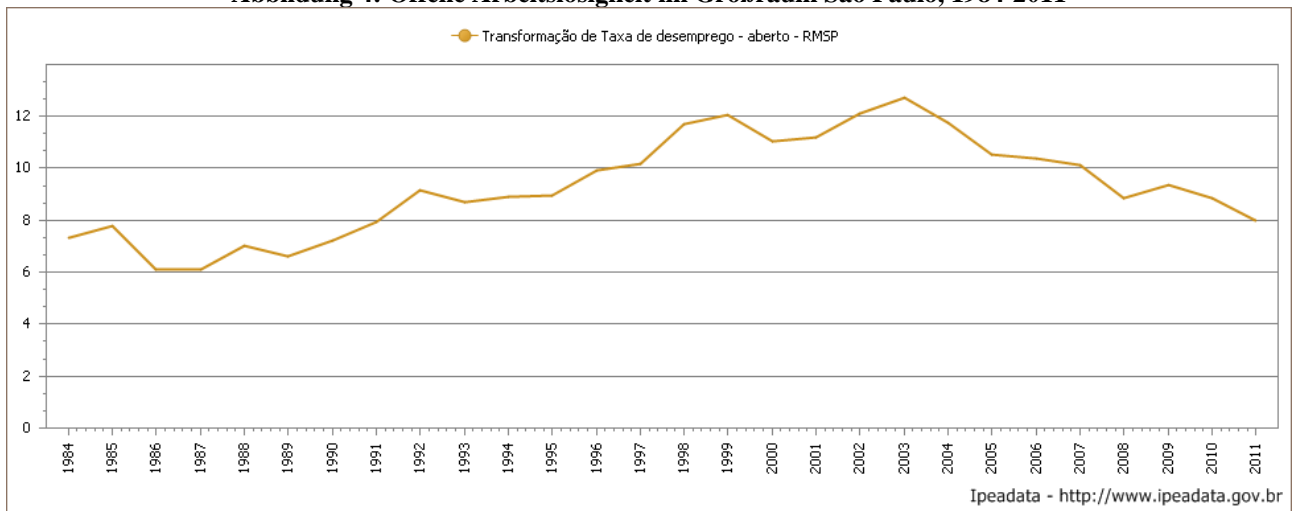


Quelle: www.ipeadata.gov.br

Während der Regierung Cardoso (1995-2002) nahm das von Collor begonnene neoliberale Projekt eine sozialliberale Form an. Im Zentrum stand die wechselkurs-basierte Stabilisierung der Währung (Fritz 2002). Im Rahmen des *Plano Real* wurde die Hyperinflation beendet, was in erster Instanz den ärmsten BrasilianerInnen zu Gute kam, die sich nicht durch Finanzanlagen vor der Inflation schützen konnten.²³ Das wichtigste Instrument der Inflationsbekämpfung war eine lose Koppelung an den US-Dollar bei gleichzeitiger Überbewertung der brasilianischen Währung Real. Da im Ausland hergestellte Produkte schlagartig billiger wurden, kam es zu einem Import-Boom. Viele brasilianische Betriebe gingen wegen der neuen Konkurrenz in Konkurs. Die Folge war das beständige Ansteigen der offenen Arbeitslosigkeit, wie Abbildung 4 exemplarisch am Fall des Großraum São Paulos zeigt. Zusätzlich kam es zum Anstieg der informellen Arbeitslosigkeit in Form von Informalisierung und Prekarisierung von Arbeitsplätzen.

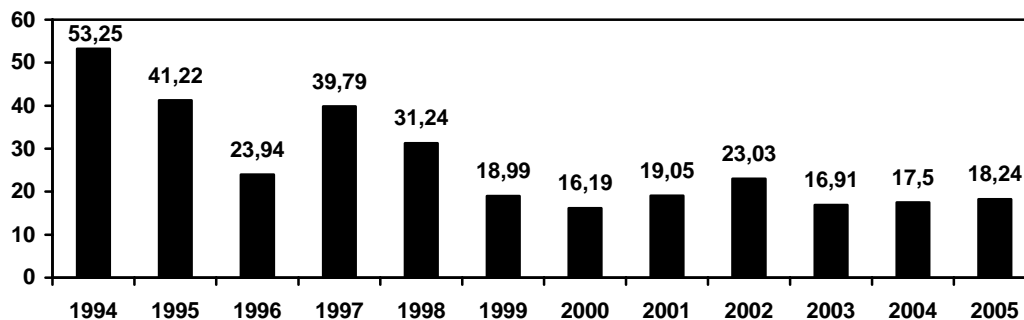
²³ Durch den Wegfall der Inflation und die Überbewertung der Währung konnten sich Arme Menschen oft erstmals importierte elektronische Artikel wie z.B. Fernseher leisten. Langfristig kam die hohe Bewertung der Währung in erster Linie den Reichen zu Gute, die somit Auslandsreisen antreten konnten etc.

Abbildung 4: Offene Arbeitslosigkeit im Großraum São Paulo, 1984-2011



Gestützt wurde das System durch die Liberalisierung des Kapitalmarkts und in weiterer Folge durch ausländisches Kapital. Dieses wurde durch im internationalen Vergleich sehr hohe Realzinssätze angezogen, wie die Entwicklung der auf Staatsschulden bezogenen Zinsrate Selic zwischen 1994 und 2002 in Abbildung 5 zeigt.

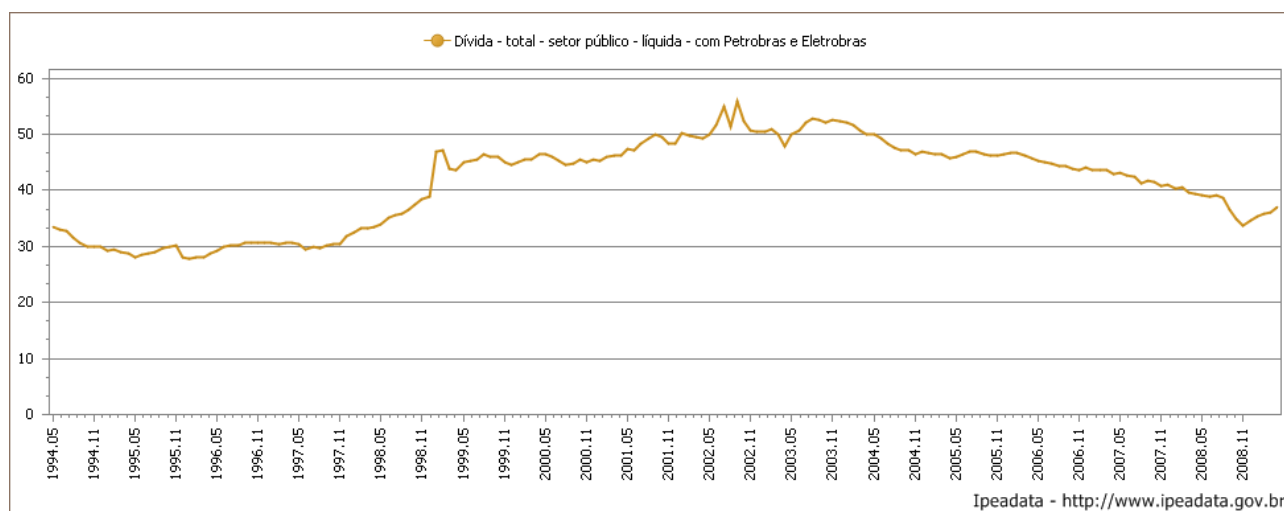
Abbildung 5: Zinsrate Selic im Jahresmittel, 1994-2005, in %



Quelle: Ipeadata in: Mercadante 2006: 29

Die hohe Verzinsung von brasilianischen Staatsanleihen führte zu einer Explosion der Staatsverschuldung und in weiterer Folge des Schuldendienstes, wie Abbildung 6 und Tabelle 2 zeigen.

Abbildung 6: Staatsschulden Brasilien, in % des BIP, 1994-2009



Quelle: www.ipeadata.gov.br

Tabelle 2: Budgetüberschuss bzw. -defizit und Zinsenzahlungen, 1994-2005, in % des BIP

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Primärüberschuss (+) /bzw. -defizit (-)	5,1	0,4	0,1	-1	0	3,2	3,5	3,7	4	4,3	4,6	5,1
Zinsenzahlungen	3,8	5,2	3,8	3,3	7,5	9	7,1	7,2	8,3	9,4	7,3	8,1
Budgetüberschuss (+)/ bzw. -defizit (-)	1,3	-4,9	-3,8	-4,3	-7,5	-5,8	-3,6	-3,5	-4,3	-5,1	-2,7	-2,9

Quelle: Banco Central do Brasil: <http://www.bcb.gov.br>

Tabelle 3: Indikatoren für Außenhandel und Auslandsabhängigkeit, 1994-2005, in % des BIP

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Leistungsbilanz	-0,33	-2,61	-3,03	-3,77	-4,24	-4,72	-4,02	-4,55	-1,66	0,82	1,93	1,79
Auslandsverschuldung, netto	17,4	13,2	13	16,2	23,3	35,9	32	35,3	40,4	34,8	25,8	15,2

Quellen: Banco Central do Brasil: <http://www.bcb.gov.br>; Ipeadata in: Mercadante 2006: 54

Die Staatsverschuldung war zu einem großen Teil gegenüber ausländischen Gläubigern, wie die Auslandsverschuldung (vgl. Tab. 3) in Relation zur Gesamtverschuldung (vgl. Abb. 6) zeigt. Die negative Leistungsbilanz (vgl. Tab. 2) zeigt Kapitalabflüsse ins Ausland an. Die resultierende Situation der externen Abhängigkeit bezeichnete Geisa Maria Rocha (2002) treffend als „Neo-Dependenz“ (vgl. dazu auch Fritz 2002).

Der Begleichung des Schuldendienstes klar untergeordnet, fand in den 1990er Jahren eine Neuorientierung der Sozialpolitik statt, wobei „Treffsicherheit“ zur neuen Maxime wurde (Novy 2001b). Dies ist besonders deshalb interessant, da dies widersprüchliche Entwicklungen auslöste. Eine der zentralen sozialpolitischen Errungenschaften der Verfassung von 1988 ist die Festlegung

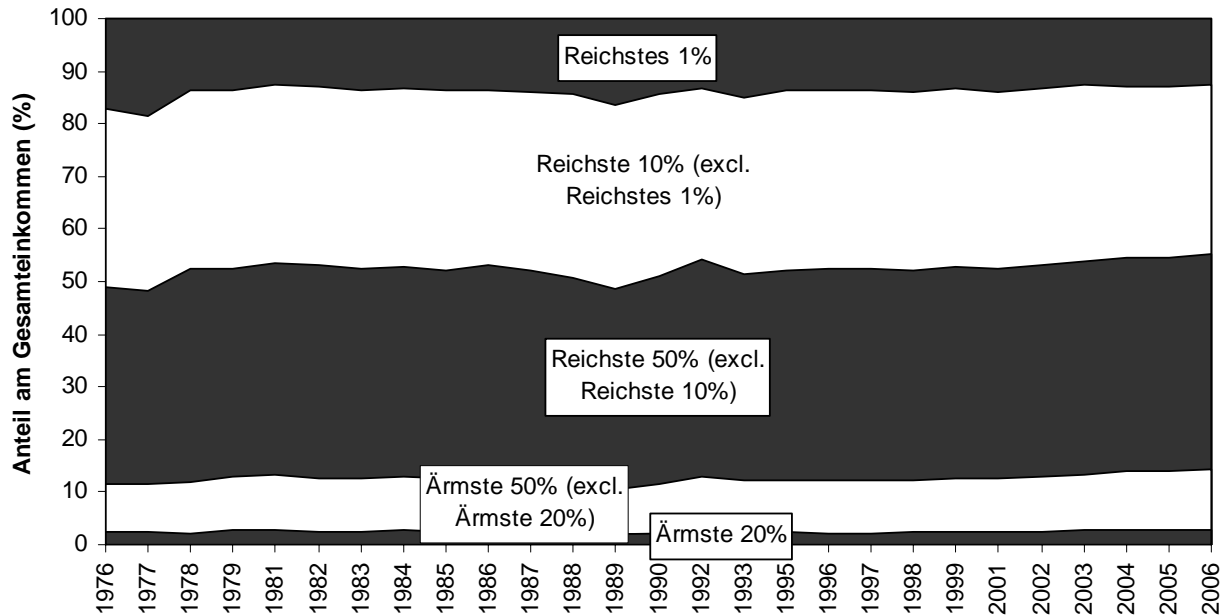
von Mindeststandards „sozialer Sicherheit“ (vgl. IPEA 2007a: 27ff.). Hier wurde festgelegt, dass Bildungs-, Pensions- und Gesundheitssysteme sowie die staatlichen Sozialtransfers universell allen BürgerInnen im städtischen und ländlichen Bereich zur Verfügung stehen müssen. Die Entscheidungsfindung – nicht nur im Bereich der Sozialpolitik – hat dezentral über sektorale Beiräte (*conselhos setoriais*) stattzufinden. Gleichzeitig wurden über Quoten Mindest-Investitionen in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen auf lokaler Ebene festgelegt. Auch in die Grundbildung wurde verstärkt investiert, was vor allem in der Regierungszeit von Cardoso (1995-2002) geschah und Wirkung zeigte: Der Analphabetismus sank von 18% 1990 auf 11,8% 2002 und bis 2005 weiter auf 10,9% (www.ipeadata.gov.br), da sich der Zugang zu öffentlichen Schulen stark verbesserte. Die staatlichen Gesundheitseinrichtungen sind seit der Verfassungsreform verpflichtet, alle Menschen zu versorgen, die sie benötigen. In diesem Sinne kam es insgesamt zu einer Universalisierung der Sozialpolitik. Das wirkte sich dahin gehend aus, dass Brasilien in den 1990ern eines der wenigen Länder Lateinamerikas darstellte, wo die staatlichen Sozialausgaben nicht zurückgingen, sondern sogar gestiegen sind (Filgueira/Filgueira 2002). Gleichzeitig wurden sozialpolitische Gelder in den Schuldendienst umgeleitet – was unter dem so genannten „Gesetz für fiskalische Verantwortung“ (*Lei da Responsabilidade Fiscal*) geschah.

Die unmittelbare Auswirkung der Kombination aus Universalisierung der Sozialpolitik und ihrer Unterfinanzierung war das Absinken der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen. In der Bildungspolitik macht sich das in der schlechten Qualität der Grundausbildung bemerkbar (IPEA 2005: 70f.). Außerdem zeigt sich sowohl in der Bildungs- wie auch in der Gesundheitsversorgung der Exodus der Ober- und Mittelschichten aus dem öffentlichen System in private Schulen und Krankenhäuser. 1990 gingen noch 86,9% der Kinder des reichsten Zehntels der Bevölkerung in öffentliche Schulen, 1998 waren es nur noch 18,49%. Bei der Gesundheitsversorgung sank die Freqüentierung seitens des reichsten Zehntels von 15,95% auf 3,46% (Ramos 2000). Solche Entwicklungen wurden unter dem Schlagwort „sozialer Treffsicherheit“ legitimiert. Dabei geht es darum, dass nur die „Bedürftigen“ staatliche Unterstützung erhalten sollen, während die als „nicht bedürftig“ eingestufte Bevölkerung nicht mehr privilegiert wird, sondern stattdessen für die in Anspruch genommenen Dienstleistungen zahlen soll. In Anbetracht des vorher sehr ungleichen Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen ist die Legitimationsbasis des „Treffsicherheits-Paradigmas“ groß. Es diente z.B. als Legitimation für Cardoso, um 1998 das Pensionssystem des Privatsektors zu reformieren – wobei der Durchrechnungszeitraum und das Pensionsantrittsalter erhöht sowie ein Höchstbezug von R\$ 1.200 (der seither an die Inflation angepasst wird) eingeführt wurden.

Die philanthropische Tradition des brasilianischen Sozialsystems ist bis heute präsent – 2004 spendeten z.B. 54% der Privatunternehmen Brasiliens im Rahmen von *Corporate Social Responsibility* (CSR) Programmen Gelder an sozial Bedürftige (41% davon in Ernährungsprogramme, was insgesamt 0,4% des BIP ausmachte); (v.a. kirchliche) NGOs nehmen v.a. seit den 1990ern eine wichtige Stellung in Sozialprogrammen ein (IPEA 2007a: 88f.). In diesem Zusammenhang zeigt sich deutlich die Kontinuität des eingangs thematisierten Patrimonialismus. Aber auch staatliche Leistungen werden umgestellt. So stellte z.B. die Regierung Cardoso die Gas-Subventionierung ein und stellte auf monatlich R\$ 15 Gas-Beihilfe zum Kochen für bedürftige Personen um. 2001 führte FHC zusätzlich die Programme *Bolsa Escola* und *Bolsa Alimentação* ein, die mit der Familienbeihilfe vergleichbar sind und einen maximalen Betrag von R\$ 45 monatlich für arme Familien bedeuteten (IPEA 2007a: 104).

Die Auswirkungen auf die Sozialstruktur der verfolgten Politik waren einerseits die Abnahme extremer Armut und die Verbesserung entsprechender Indikatoren wie z.B. des Analphabetismus, was sich in der positiven Entwicklung des *Human Development Index* auswirkte. Gleichzeitig erodierten die Beschäftigungsverhältnisse – der informelle Sektor vergrößerte sich und die Arbeitslosigkeit stieg. Die funktionale Einkommensverteilung veränderte sich zuungunsten der LohnempfängerInnen – der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen sank von 45,4% im Jahr 1990 auf 36,1% im Jahr 2002 (Vernengo 2007: 87). Die Einkommensverteilung blieb weiterhin eine der ungleichsten der Welt, wie Abbildung 7 zeigt. Die reichsten 10% der Bevölkerung verfüg(t)en relativ konstant über 50% des Volkseinkommens, während für die ärmsten 50% kaum mehr als 10% des Gesamteinkommens übrig blieb.

Abbildung 7: Einkommensverteilung Brasilien, 1976-2006



Quelle: eigene Darstellung nach: www.ipeadata.gov.br

Die „Ära FHC“ kann daher als idealtypischer Sozial-Liberalismus bzw. „inclusive liberalism“ (Porter/Craig 2004) bezeichnet werden: Liberale Wirtschaftspolitik wird durch treffsichere Maßnahmen der Armutsbekämpfung flankiert, die stärker in Zusammenarbeit mit „sozial verantwortlichen“ Unternehmen durchgeführt wird. Soziale Rechte werden zugunsten von Almosen unterminiert (Mkandawire 2005), was gerade im Hinblick auf die Gewährung der im Rahmen der Verfassungs-Erstellung erkämpften sozialen Rechte als „passive Revolution“ interpretiert werden kann.

3.4 Regierung Lula – ein neuer „Entwicklungsstaat“?

Unter der Regierung Lula wurde und wird zwar in einigen strategisch zentralen Bereichen der liberale Kurs der Regierung Cardoso, gleichzeitig aber auch entscheidend transformiert. Im Präsidentschaftswahlkampf 2002 stieg mit der Popularität Lulas in den Umfragen gleichzeitig das von der Investmentbank J. P. Morgan berechnete „Länderrisiko Brasilien“ ruckartig an und private Investoren zogen ihr Kapital ab, was zu einem sprunghaften Absinken des Kurses des brasilianischen Real gegenüber dem US-Dollar führte (vgl.: Jensen/Schmith 2005). Die Angst vor einer möglichen Inflation bzw. einer Wirtschaftskrise führte dazu, dass Lula im Juni 2002 einen „Brief an das brasilianische Volk“ veröffentlichte. Dieser Brief, der eigentlich an die InvestorInnen gerichtet war, beinhaltete, dass die von Cardoso abgeschlossenen Verträge eingehalten würden und es keine radikalen Änderungen geben werde, die den Finanzanlageplatz Brasilien gefährden

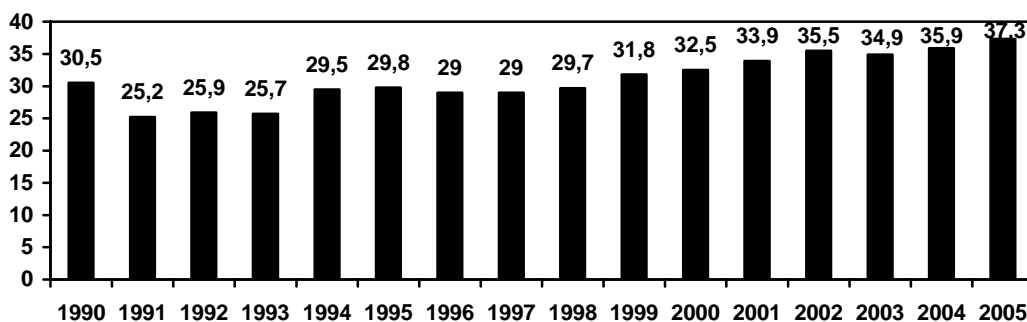
würden. Die Ängstlichkeit bzw. Vorsicht Lulas wurde vom brasilianischen Botschafter in Kuba, Tilden Santiago, im Rahmen einer 2003 abgehaltenen Konferenz bestätigt. Er berichtete von einem persönlichen Treffen gemeinsam mit dem progressiven Ökonom Plinio Arruda Sampaio bei Lula kurz vor seinem Amtsantritt als Präsident, bei dem letzterer sagte: „Tilden, wenn du und Plinio einen schnelleren Weg für den Fortschritt in Brasilien kennst, bin ich bereit ihn zu gehen. Aber ich will einen Weg, der es mir ermöglicht an der Macht zu bleiben. Ich will keine Formel, die, wenn ich sie anwende, die Rechten innerhalb von zwei Wochen wieder an die Macht bringt“ (in: Sader 2004: 124, Übers. BL). Diese pragmatische Orientierung spiegelte sich auch im zentralen Slogan des Wahlkampfes von 2002 wieder: „*Lulinha Paz e Amor*“ – „Lula Frieden und Liebe“ symbolisierte den Kurs der nationalen Einheit und Konfliktvermeidung und setzte sich somit von der klassenkämpferischen Rhetorik der Vergangenheit ab. Damit waren die Grundlagen für die Fortsetzung des auf das Finanzkapital ausgerichteten Kurses gelegt (vgl. Oliveira 2006b: 26ff.), der im Widerspruch zum Wahlprogramm (PT 2002) stand, das tendenziell auf eine Allianz zwischen Lohnabhängigen und industriellem nationalen Kapital hinwies.

Die Kontinuität mit der Regierung FHC wurde auch durch die Besetzung der Ministerien bestätigt. Das Finanzministerium wurde vom liberalen Antonio Palocci besetzt, die Zentralbank²⁴ vom ehemaligen Präsident der *Bank Boston*, Henrique Meirelles. Gemeinsam mit dem Regierungskordinator José Dirceu und dem Staatssekretär für Strategie und Kommunikation Luiz Gushikin bildeten sie den „harten Kern“ der PT-Regierung (vgl. Oliveira 2006b: 29ff.). Auch die Zweiteilung des Landwirtschaftsministeriums in ein auf den Agrobusiness ausgerichtetes Landwirtschaftsministerium und ein mit wesentlich weniger finanziellen Ressourcen auf die Agrarreform ausgerichtetes Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung zeigte die generelle Kontinuität auf der einen Seite sowie die Entwicklung einer zweiten Achse auf der anderen Seite, die stärker in Richtung der sozialen Bewegungen orientiert ist (vgl. dazu auch Andrioli/Schmalz 2005: 201f.), jedoch innerhalb der Regierung tendenziell marginale Positionen einnimmt. Die daraus resultierenden Achsen benennt Schmalz (2008: 115ff.) als „neoliberal“ und „sozial-keynesianisch“. Er erfasst dabei die internen Widersprüche der Regierung, die sich auch in Form der Besetzung verschiedener Teile des Staatsapparats ausdrückt. Die durch die Achsen repräsentierten Kontinuitäten und Umbrüche werden anschließend dargestellt.

²⁴ Gemäß den liberal orientierten Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF), die noch am Ende der Regierung Cardoso beschlossen wurden, wurde der Zentralbank Autonomie gewährt.

Die liberale Kontinuität manifestierte sich in erster Linie in der Beibehaltung der Hochzinspolitik – von 2003 bis 2006 lag der durchschnittliche Realzinssatz bei insgesamt 12% (Barrocal 2006) und wurde auch in der zweiten Legislaturperiode nicht entscheidend gesenkt (Prates et al. 2009). Brasilien hat damit seit der Machtübernahme Lulas über weite Strecken hinweg die höchsten Realzinssätze der Welt. Damit sind Finanzanlagen meist rentabler als solche im produktiven Sektor. Das wirkte sich über weite Strecken negativ auf den Arbeitsmarkt aus (vgl. Abb. 4)²⁵. Eine der ersten großen Reformen der Regierung Lula, die Pensionsreform 2003, hob das Pensionsantrittsalter bei Frauen von 48 auf 55 und bei Männern von 53 auf 60 Jahre an. Zusätzlich wurde der Höchstbetrag auf das Niveau der Privatwirtschaft von 1.551 Reais nivelliert. Für höhere Pensionen muss von nun an eine Kapitalmarkt-basierte private Zusatzversicherung abgeschlossen werden. Daher kommt Leda Paulani (2005; Paulani/Pato 2005) zu dem Schluss, dass durch diese Reform das Pensionssystem weiter privatisiert wurde und die Verlagerung der Wirtschaft vom produktiven in den Finanzsektor weiter vorangetrieben wurde. Dem steht gegenüber, dass es bei der Pensionsreform darum ging, die höchsten BeamInnenpensionen zu kürzen und somit Privilegien gegenüber den Angestellten der Privatwirtschaft und schlecht bezahlten Staatsbediensteten abzubauen. Der Widerstand dagegen ging in erster Linie von BeamInnengewerkschaften aus und wurde anfänglich in erster Linie von der ultra-konservativen „Partei der Liberalen Front“ (*Partido da Frente Liberal – PFL*) getragen (Filho/Winckler 2005). Einzelne Abgeordnete der PT übten massiven Widerstand gegen die Reform aus, die sie als „neoliberal“ bezeichneten. Dieser Widerstand führte Ende des Jahres 2003 zu ihrem Ausschluss aus der PT. In weiterer Folge gründeten die Ausgeschlossenen die Partei „Sozialismus und Freiheit“ (*Partido Socialismo e Liberdade – P-SOL*), die sich als linke Opposition zur PT versteht.

Abbildung 8: Steuerquote Brasilien, in % des BIP, 1990-2005

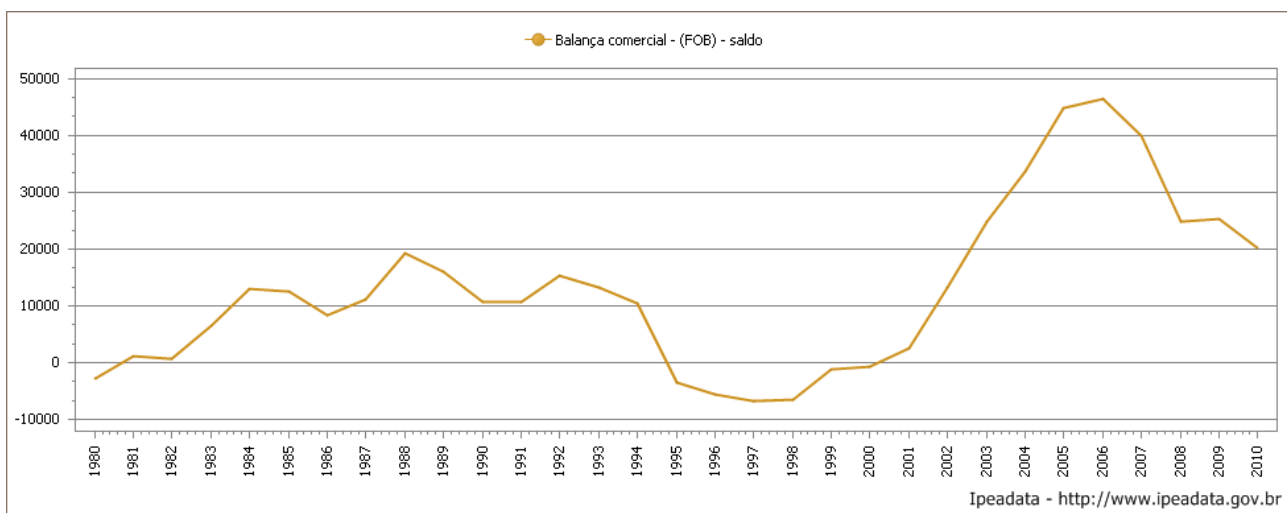


Quelle: SRF in: Mercadante 2006: 67

²⁵ Wengleich die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch ist, zeigt sich, dass sie ab 2004 tendenziell sinkt. Das ist auf die Dynamisierung der Ökonomie – trotz Hochzinspolitik und überbewerteter Währung – zurückzuführen.

Ein weiterer Bereich der Kontinuität mit der Vorgängerregierung liegt in der Priorität auf der Bedienung des Schuldendienstes gegenüber anderen staatlichen Leistungen (vgl. Novy 2001a: 106ff. zur historischen Entwicklung). Tabelle 2 zeigt, dass die Zinsenzahlungen in der Ära Lula zwischen 9,4% und 7,3% des BIP ausmachten. Bei einer Steuerquote von zwischen 34,9% und 37,3% (vgl. Abb. 8) stellen die Zinsenzahlungen somit ca. ein Viertel der Staatsausgaben dar. Die fiskalische Disziplin Regierung zeigt sich darin, dass sie den Primärüberschuss – das Budgetergebnis vor Abzug des Schuldendienstes – stets über den vom IWF und der Vorgängerregierung 2002 ausgehandelten 4,25% hielt. Dadurch konnten die Staatsschulden von fast 60% des BIP auf nun etwas weniger als 40% des BIP gesenkt werden. In Anlehnung an Goldscheid (vgl. Abschn. 2.4) kann das als wichtige Abweichung vom Kurs der Regierung Cardoso interpretiert werden, da dadurch die Abhängigkeit des verschuldeten Steuerstaates gegenüber seinen Gläubigern abnahm. Gleichzeitig konnte damit die Umverteilung zugunsten der Besitzenden über hoch verzinsten Staatsanleihen (vgl. Antunes/Gimenez 2006) etwas eingedämmt werden.

Abbildung 9: Leistungsbilanz, 1980-2010



Diese Politik wurde vor allem durch die positive Leistungsbilanz ermöglicht (vgl. Abb. 9), die in erster Linie aus der verstärkten Exportorientierung resultierte. Prozentuell verzeichneten Primärgüter die größten Zuwächse unter den Exporten, ihr Anteil stieg von 28,08% (2002) über 29,35% (2005) und 29,88% (2006) auf 32,79% (2007), wobei Eisenerz und -konzentrate, Rohöl und Soja die größten Anteile verzeichneten. Das ging zu Lasten der Halbfertigprodukte, deren Anteil von 14,85% (2002) über 13,49% (2005) auf 13,83% (2007) sank, sowie der Fertigprodukte, deren Anteil von 56,05% (2002) über 56,32% (2005) auf 53,35% (2007) sank (eigene

Berechnungen, nach BCB 2008: Tab. V.3).²⁶ Diese Veränderungen der Exportstruktur sind auf stark gestiegene landwirtschaftliche Exporte, die im Agrobusiness produziert werden, zurückzuführen.²⁷ Die politische Orientierung auf diesen Sektor veranlasste Pedro Stedile (2006) von der Landlosenbewegung zur Analyse, dass die Durchführung einer umfassenden Landreform unter diesen politischen Voraussetzungen illusorisch sei. In diesem Bereich wurde das unter Cardoso praktizierte Modell des staatlichen Kaufs von unproduktivem Land und dessen Übergabe an bis dahin landlose BürgerInnen fortgesetzt. Obwohl im Gegensatz zu durchschnittlich 61.588 Familien, die jährlich unter der Regierung FHC Land bekamen, es nun unter der Regierung Lula mit 81.687 Familien mehr sind, blieb die neue Regierung hinter den diesbezüglich gesteckten Zielen weit zurück. Dennoch erhöhte sich die für die Landreform bestimmte Fläche Land von 8.848.840 ha zwischen 1999 und 2002 auf 22.487.475 ha zwischen 2003 und 2005 (vgl. INCRA in: Mercadante 2006: 174f.). Auch die verstärkte Bereitstellung von Infrastruktur für das besetzte Land, z.B. von Elektrizität im Rahmen des Programms „Licht für alle“ (*Luz para todos*), zeigt auf, dass der Landreform ein höherer Stellenwert zukam, als während der Regierung Cardoso (<http://www.incra.gov.br>).

In anderen Bereichen der Politik zeigten sich jedoch noch stärkere Veränderungen. Brüche mit der Vorgänger-Regierung sind vor allem in drei Bereichen zu registrieren: (1) in der Außenpolitik, (2) bezüglich der Privatisierungen und (3) in der Sozialpolitik. (4) Aktuelle Veränderungen, die vor allem ab der 2. Amtszeit Lulas stattfanden, deuten auf eine umfassendere Transformation in Richtung eines „Entwicklungsstaats“ hin.

(1) In der Außenpolitik fand ein Bruch mit der Orientierung auf die USA und dem damit verbundenen Projekt der Gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA statt. Stattdessen gab es laufend Bestrebungen zur Wieder-Erstarkung des MERCOSUR, wo Venezuela am 4. Juli 2006 als neues Vollmitglied aufgenommen wurde, nachdem es 2004 gemeinsam mit Peru, Kolumbien und Ecuador als assoziiertes Mitglied akzeptiert worden war. Zusätzlich verstärkten sich die Süd-Süd-Kooperationen – unter anderem mit Südafrika und Indien im Rahmen des *India–Brazil–South Africa Dialogue Forum*, einer intensiven Partnerschaft mit China und weiteren bilateralen Abkommen mit peripheren Staaten aus Afrika und dem mittleren Osten (vgl. dazu

²⁶ Dieses Absinken der Exporte von Fertigprodukten passierte trotz des Anstiegs des Exports von Automobilen (2,96%) und der gleichbleibend hohen Rate an exportierten Flugzeugen (3%). Das Konzept der Fertigprodukte umfasst außerdem noch Produkte wie Agro-Diesel (1,46%), Benzin (1,17%), raffinierten Zucker (1,25%) und gefrorenen Orangensaft (0,98%), die nicht in gleicher Weise weiter verarbeitet wurden, wie die Erstgenannten (Werte für 2007, nach: BCB 2008: Tab. V.3).

²⁷ Auf Ebene des Weltmarktes ist diesbezüglich das Steigen der Rohstoffpreise – insbesondere der Güter, die für die Herstellung Agro-Treibstoff benötigt werden (Selvetti 2007) ein wichtiger relevanter Faktor.

Andrioli/Schmalz 2005: 206f.; Schmalz 2005; 2008). Die Importe aus den USA hingegen gingen von 22,09% der Gesamtimporte 2002 auf 16,22% im Jahr 2007 zurück, aus Europa von 28,6% 2002 auf 22,8% im Jahr 2009. Exporte in die USA sanken gar von 25,7% 2002 auf 10,3% 2009, zur EU fiel der Einbruch von 25,8% 2002 auf 22,4% 2009 weitaus moderater aus. Die Importe aus Asien stiegen hingegen von 16,9% 2002 auf 28,2% 2009, während die Exporte von 14,6% 2002 auf 26,5% 2009 gesteigert werden konnten. Die Exporte in die übrigen Mercosur-Staaten stiegen von 5,5% 2002 auf 9,5% 2009 (eig. Berechnung, nach BCB 2008; 2009: jeweils Tab. V.5; vgl.: Görgl et al. 2011: 71). Zusätzlich erwies sich die Regierung auch gegenüber Bolivien in der Auseinandersetzung um Erdgas in der Frage der Behandlung der teil-staatlichen brasilianischen Petrobras, einer der wichtigsten InvestorInnen im bolivianischen Erdgas-Sektor, als kooperativ. Es können also wichtige Schritte ausgemacht werden, dass Brasilien sich als regionale Führungsmacht in Lateinamerika etabliert (Schmalz/Ebenau 2011: 75ff.).

Außerdem nahm die Außenabhängigkeit des Landes ab. Die Außenverschuldung nahm gegenüber der internen Verschuldung beträchtlich ab, da der Staat bemüht ist, ausländische Gläubiger auszubezahlen. Von der Vorgängerregierung abgeschlossene Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden nicht verlängert und stattdessen der IWF-Kredit zurückbezahlt. Die inhaltlichen Vorgaben des IWF werden dennoch weiterhin „freiwillig“ umgesetzt, um die InvestorInnen nicht zu vertreiben. Daher kann nun konstatiert werden, dass zwar die Außenabhängigkeit abgenommen hat, aber die auf das Finanzkapital ausgerichtete Wirtschaftspolitik weitgehend beibehalten wurde. Dennoch zeigt sich über die Zunahme von pan-lateinamerikanischen Initiativen, in denen Brasilien teilweise als Motor agiert und über eine zusätzliche prozentuelle Zunahme der Süd-Süd-Kooperationen, dass Brasiliens Außenpolitik auf größere Eigenständigkeit ausgerichtet ist (Schmalz 2008).

(2) Mit Ausnahme der Pensionsreform²⁸ kam es zu keinen weiteren Privatisierungen unter der ersten Amtszeit von Lula. Dies fußt auf einem nationalen Konsens: Eine vom Meinungsforschungsinstitut Ipspe im Jahr 2006 durchgeführte Studie zeigte, dass sich 70% der brasilianischen Bevölkerung gegen weitere Privatisierungen von Unternehmen im Staatseigentum aussprachen. Das führte sogar so weit, dass sich Geraldo Alckmin, der Kandidat der liberalen PSDB Cardosos, während der Stichwahlen im Präsidentschaftswahlkampf 2006 dazu gezwungen sah, sich auch gegen weitere Privatisierungen auszusprechen (vgl. Hashizume 2006). In diesem

²⁸ Die Pensionsreform kann als „verdeckte Privatisierung“ interpretiert werden, weil die betroffenen pensionierten StaatsbeamtenInnen, deren Pension die Höchstgrenze übersteigen würde, sich das entfallende Entgelt mittels privater Pensionsvorsorge auf dem Kapitalmarkt selbst organisieren müssen.

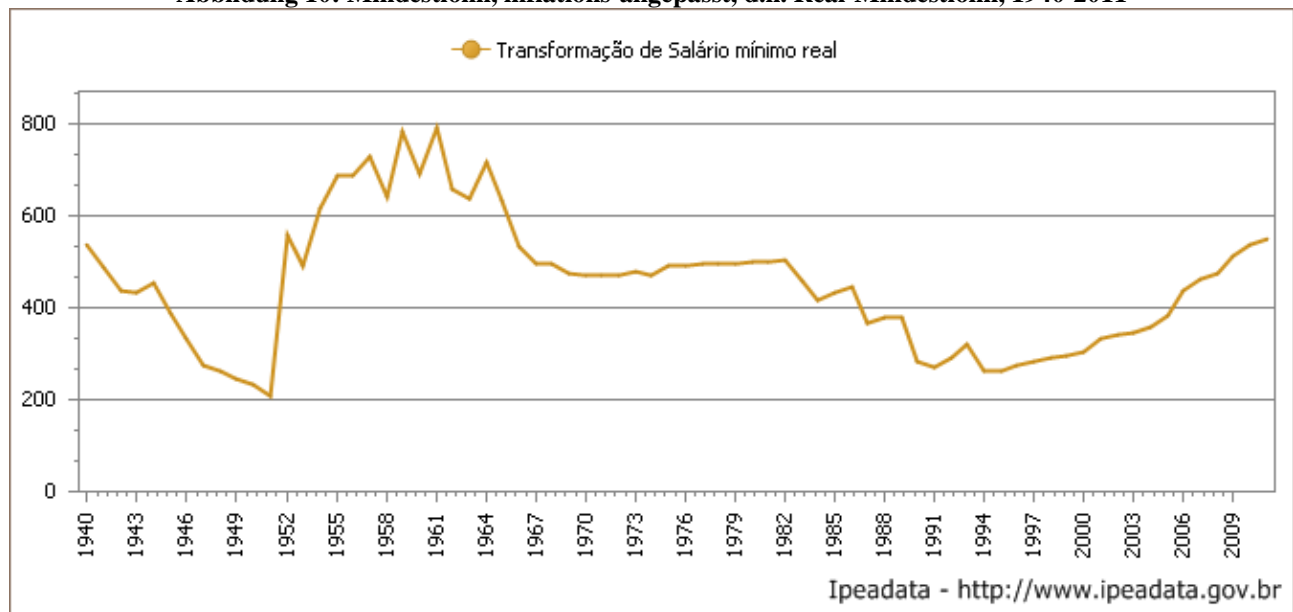
Zusammenhang kann also konstatiert werden, dass ein neuer zivilgesellschaftlicher Konsens in der Frage (der Ablehnung) von Privatisierungen im Entstehen ist.

(3) In der Sozialpolitik wurde zwar die grundsätzliche Orientierung der Regierung Cardoso fortgesetzt. Weiterhin gilt das Credo sozialer Treffsicherheit (Novy 2001b), die Politik erfasst nun aber weitere Bereiche (zu diesem Abschnitt vgl.: Leubolt/Tittor 2008: 132ff.). Schon bei Amtsantritt machte Lula klar, dass die wichtigste Aufgabe der Regierung die Auslöschung des Hungers sein würde, was den verstärkten Fokus auf die Armutsbekämpfung ankündigt. Dafür existierte anfänglich das Programm *Fome Zero* (Null Hunger; vgl. IPEA 2007a: 102ff.), das besonders auf Zusammenarbeit mit privaten Akteuren setzte. Bald verschob sich der Fokus jedoch auf den Ausbau und die bessere Koordination der Einkommenstransferprogramme der Regierung FHC im Rahmen von *Bolsa Família* (Familienbeihilfe; vgl. IPEA 2007a: 104ff.). Änderungen betrafen in erster Linie die Anspruchsberechtigten, deren Kreis ausgeweitet wurde und den Betrag der Förderung der von max. R\$ 45 auf max. R\$ 95 aufgestockt wurde, was den durchschnittlich ausbezahlten Betrag von R\$ 24,75 im Jahr 2003 auf R\$ 64,67 im Jahr 2006 anhob. Einkommenstransfers stiegen dadurch von durchschnittlich 1,9% des BIP pro Jahr zwischen 1995 und 2002 (unter FHC) auf 2,58% des BIP zwischen 2003 und 2005 an (Mercadante 2006: 122). Verglichen mit den Zinszahlungen, die zwischen 9,4% und 7,3% des BIP ausmachten, sind die Transferzahlungen zwar weiterhin relativ gering; dennoch war die Erhöhung in diesem Bereich für große Teile der Bevölkerung spürbar. Die in der Verfassung vorgesehenen sozialpolitischen Gemeindebeiräte waren 2005 in 79,7% der Gemeinden für die Planung der Verteilung und in 48,7% auch als Kontrollinstanzen verantwortlich. Mittels der $\frac{2}{3}$ -Beteiligung zivilgesellschaftlicher VertreterInnen in diesen Gremien konnte der klassische Klientelismus vermieden und ein klassisches rechtsstaatliches Element partizipativ angereichert werden – ganz im Sinne der republikanischen Forderungen um „*Cidadania*“.

Die Auszahlung von *Bolsa Família* wurde außerdem an den Schulbesuch der Kinder gekoppelt, was als bildungspolitische Maßnahme verstanden werden kann. Auch das Stipendienprogramm *ProUni* reiht sich in die Riege an treffsicheren Sozialtransfer-Programmen ein. Hier wird das Studium von Kindern aus armen Familien an privaten Unis mittels Stipendien gefördert. Zusätzlich existieren seit 2003 jedoch auch Quoten-Regelungen für staatliche Universitäten, die arme und dunkelhäutige BrasilianerInnen fördern. Das stellt einen Unterschied zu vorhergehenden Regierung dar, wo der Zugang zu den staatlichen Unis bloß über privat finanzierte philanthropische Förderkurse für sozial Benachteiligte sichergestellt wurde. 15,3% StudienanfängerInnen mit weniger als dem Mindesteinkommen monatlich in öffentlichen Einrichtungen standen nur 7,1% in privaten

Einrichtungen gegenüber, der Anteil dunkelhäutiger Studierender stieg von 21% im Jahr 1995 auf 30% im Jahr 2004. Dennoch setzt sich der Trend niedriger staatlicher Investitionen in die Bildungspolitik fort, die von 1,44% des BIP 1995 auf 1,04% des BIP 2005 sanken. Das kann auch eine wichtige Erklärung dafür sein, dass die Qualität öffentlicher Schulen im Vergleich zu den privaten sinkt. Außerdem müssen viele arme Kinder und Jugendliche abends die Schule besuchen, um tagsüber zu arbeiten, was 2003 auf 76% der SchülerInnen mit sehr schlechten Leistungen bei der staatlichen Überprüfung zutraf (IPEA 2007a).

Abbildung 10: Mindestlohn, inflations-angepasst, d.h. Real-Mindestlohn, 1940-2011



In der Arbeitsmarktpolitik hingegen wurden neue Akzente gesetzt, da der gesetzliche Mindestlohn von R\$ 200 (2002) auf R\$ 350 (2006) erhöht wurde, was einer realen Lohnerhöhung von 32% entspricht (IPEA 2007b: 12). Diese Tendenz wurde auch danach weiter verfolgt (vgl. Abb. 10). In Verbindung mit den – auch an die Höhe des Mindesteinkommens gekoppelten – Steigerungen von Sozialtransfers und Mindestpensionen führte das zur beträchtlichen Steigerung geringer Einkommen. Generell sanken jedoch die Durchschnittslöhne zwischen 1995 und 2005 um 11,4% von R\$ 796 auf 705 R\$ – dies jedoch v.a. in den höheren Einkommensgruppen (IPEA 2007a: 200), während im gleichen Zeitraum das Durchschnittseinkommen der Frauen um 2,2% von R\$ 520 auf R\$ 532 stieg. Das erklärt das kontinuierliche Sinken des Gini-Koeffizienten von 0,596 im Jahr 2000 auf 0,569 im Jahr 2005 (Arbix 2007). Zusätzlich nahm der Grad der formell Beschäftigten 2005 gegenüber 1995 zu (von 39,2% auf 41,1%) – vor allem bei Frauen (von 37,3% auf 40,5%) und

dunkelhäutigen BrasilianerInnen (von 33,6% auf 36,4%), was jedoch nicht zur verstärkten Inklusion ins Pensionssystem führte (IPEA 2007a: 197).²⁹

Eine weitere Neuerung ist die Fokussierung auf staatlich geförderte Mikrokredite, die in gewisser Weise als Instrumente „treffsicherer Hochzinspolitik“ bezeichnet werden könnten, da sie die effektiven Zinsen absenken (vgl. Singer 2005). Sie stiegen von 752 Mio. R\$ 1995 über 6,93 Mrd. R\$ 2002 auf 21,09 Mrd. R\$ 2005 und kamen besonders im Rahmen von Krediten für landwirtschaftliche Familienbetriebe (*Programma Nacional de Fortalecimento da Agricultura Familiar* – PRONAF), zum Einsatz. Diese Kredite sind zwar bezüglich der Landreform relevant, da sie auch zur Finanzierung der Bestellung des besetzten Landes Verwendung finden. Dennoch kann die „Bank-Logik“ der Vergabe von Krediten an rückzahlungsfähige Kleinbauern zur Verschärfung von Ungleichheiten führen (IPEA 2007a: 215, 361). Insgesamt ist das Ausmaß der Konflikte um Land in Brasilien – die sich in den 2003-2005 mit rund einer Million involvierten Personen gegenüber den Jahren davor nahezu verdoppelt haben (IPEA 2007a: 331) ein Zeichen für die weiterhin existente strukturelle Heterogenität, da „Brasilien eines der letzten Länder der Welt ist, die versuchen auf die Agrarreform als Sozialreform zurückzugreifen“ (Souza in: IPEA 2007a: 359). Was alternative Entwicklungen angeht, ist auch die staatliche Förderung der solidarischen Ökonomie eine interessante neue Entwicklung (Auinger 2005), deren materielle Auswirkungen jedoch vorerst bescheiden ausfallen (IPEA 2007a).

Insgesamt zeigt sich in Brasilien, dass seit dem partizipativen Verfassungserstellungsprozess 1988 die starke strukturelle Heterogenität des Sozialsystems zugunsten der Universalisierung von staatlich garantierten sozialen Rechten abgeschwächt wird. Dieser Prozess der Verrechtlichung wird jedoch vom Trend zur Treffsicherheit begleitet. Damit wird zwar die regressive Wirkung der Sozialpolitik bekämpft, gleichzeitig aber der Universalisierung sozialer Rechte entgegen gewirkt. Bemessen am Gini-Index sank jedoch die soziale Ungleichheit in den letzten Jahren geringfügig, aber beständig (Barros et al. 2006; vgl. Abb. 7). Die Initiativen der Armutsbekämpfung können daher insgesamt als erfolgreich bezeichnet werden. Dies erklärt, warum Lula die Präsidentschaftswahlen 2006 in der Stichwahl mit 60,83% der Stimmen für sich entscheiden konnte, wobei die Unterstützung vor allem in den ärmsten Teilen des Landes im Norden und Nordosten besonders hoch war. In der darauf folgenden Legislaturperiode stieg die Zustimmung zu Lulas Regierung auf „Rekordwerte“ über 80% (Bonin 2010), die 2010 sogar auf seine designierte Nachfolgerin Dilma Rousseff übertragen werden konnten, die die Stichwahl mit 56% der Stimmen

²⁹ Diese paradoxe Situation erklärt sich damit, dass weniger Menschen freiwillig ins Pensionssystem einzahlten.

gewann – entgegen den Vermutungen vieler politischer Analysten. Der Grund dafür muss in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung gesucht werden. Nicht nur in einer Zeit positiver internationaler wirtschaftlicher Entwicklung, sondern selbst nach der großen Finanzkrise ab 2007 verzeichnet Brasilien im internationalen Vergleich hohe wirtschaftliche Wachstumsraten (vgl. Abb. 2; Morais/Saad-Filho 2011). Die Veränderung der Wirtschaftspolitik kann diesbezüglich als wichtiger „Baustein“ betrachtet werden.

(4) Vor allem seit Beginn der zweiten Amtszeit der Regierung Lula sind Transformationen in Richtung „Entwicklungsstaat“ zu beobachten (vgl.: Novy 2008). Schon 2006 wurde der liberale Wirtschaftsminister Palocci gegen den „Entwicklungsstaatler“ Mantega ausgetauscht und nach und nach wechselten auch andere Minister, sodass mit Ausnahme der Zentralbank, die bis zum Ende der Amtszeit Lulas weiterhin von Meirelles als Präsident geführt wurde, nahezu alle Ministerien mit VertreterInnen des entwicklungsstaatlichen Flügels besetzt wurden (Pons-Vignon 2008). Materiell wurde im Rahmen des 2007 eingesetzte „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Urbanisierung der Favelas und neuen Kraftwerken forciert. Die staatlichen Entwicklungsbanken, deren Etats größer als die der Weltbank sind, fördern schwerpunktmäßig die Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben. Die industrielle Entwicklung wurde dadurch deutlich dynamisiert (vgl. BCB 2008: Tab. I.6): Die Produktion von Maschinen stieg im Jahr 2007 um 17,7%, um 2008 um weitere 9,4% zu steigen, die Produktion von Autos stieg um 15% (2007) und 18,4% (2008), von anderen Transportmitteln um 13,9% (2007) und 33,1% (2008). Das hat zur Folge, dass die Produktion von Investitionsgütern 2007 um 19,5% und 2008 um weitere 17,1% anstieg. Langlebige Konsumgüter wurden 2007 um 9,1% und 2008 um 13,9% mehr produziert, während die Produktion mittelfristig und nicht haltbarer Konsumgüter bloß um 3,4% (2007) und 1,6% (2008) anstieg. Diese Dynamisierung der Binnen-Ökonomie, die Anzeichen von breiterem Massenkonsum aufweist,³⁰ steht im Gegensatz zu Re-Primarisierung der Exporte, die oben dargestellt wurde. Insgesamt hat es den Anschein, als ob Lula an die entwicklungsstaatliche Tradition Rolle Getúlio Vargas' anschließt, und das unter demokratischeren Voraussetzungen, die insbesondere durch die Verfassung von 1988 gegeben sind (Novy 2008). Werneck Vianna betont diesbezüglich zu Recht den progressiv-republikanischen Charakter dieser Reformen (Vianna 2006; 2008; 2009).

³⁰ Der über verstärkten Einsatz von Transferzahlungen erfolgte Rückgang der Armut wirkt sich – ergänzt durch aktuelle Transformationen am Arbeitsmarkt im Zuge der Zunahme des Wirtschaftswachstums (vgl. Abb. 5) – dahingehend aus, dass sich die Mittelschicht vergrößert (Biondi 2008b). Dadurch entsteht – zumindest in Ansätzen – eine neue Basis für Massenkonsum.

Im Hinblick auf Demokratisierung wurden dennoch Hoffnungen auf ein umfassenderes Programm enttäuscht. Im Wahlprogramm der PT war noch davon die Rede, dass „die gute Erfahrung mit dem Partizipativen Budget auf Gemeindeebene nahe legt, dass es trotz der Schwierigkeit, die mit der Anwendung auf staatlicher Ebene damit verbunden ist, auf diese Ebene ausgedehnt werden soll“ (PT 2002: 3; Übersetzung: BL). Nach Regierungsübernahme wurde jedoch schnell klar, dass es sich hierbei um ein leeres Versprechen gehandelt hatte. Der Dialog mit einigen sozialen Bewegungen – wie z.B. der Landlosenbewegung – intensivierte sich zwar gegenüber der Vorgängerregierung, es wurde jedoch kein entsprechendes Instrument der Demokratisierung eingeführt. Von daher sind die Auswirkungen auf die strategische Selektivität nicht so groß wie in Porto Alegre und dem Bundesstaat Rio Grande do Sul, wo mittels des Partizipativen Budgets soziale Bewegungen aktiv den Staat mitgestalten konnten (vgl. Leubolt 2006; Leubolt et al. 2008). Dennoch sind die Einflussmöglichkeiten nun größer als zuvor. Problematisch bezüglich des Einflusses ist auch, dass die sozialen Bewegungen nicht mehr so aktiv sind wie zur Zeit der Demokratisierung und abgesehen von der Landlosenbewegung in einer Phase relativer Schwäche sind (Becker 2008a).³¹ Ob dies durch die passive Einbindung mittels Sozialprogrammen passierte – was auf eine neue Phase „passiver Revolution“ schließen ließe – kann hier nicht beantwortet werden. Interessant ist an der aktuellen Lage vor allem die Stärkung des entwicklungsstaatlichen Flügels. Das zeigt, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Staatsapparate in Richtung „Entwicklungsstaat“ verschoben haben. Verteilungspolitische Auseinandersetzungen haben sich tendenziell zugunsten der armen Bevölkerung verschoben, wie der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstitutes (IPEA), Marcio Pochman unter Bezug auf die Reallohngewinne in einem aktuellen Interview anmerkte (Biondi 2008a). Die Fortsetzung der Hochzinspolitik garantiert jedoch den Rentiers weiterhin sehr hohe Einkommen. Trotz Umverteilung nach „unten“ werden die dominanten Klassen kaum direkt angegriffen, auch die Agrar-Oligarchie profitiert vom Export-Modell, das auf Agro-Business setzt (Boito 2007). Daher bewahrheitet sich die Aussage des PT-Politikers Tarso Genro, der nicht von einem Bruch mit dem alten Modell, sondern von einem Übergang zu einem republikanisch inspirierten Entwicklungsstaat sprach:

Es geht darum, ein Modell zu installieren, das sich durch folgende Merkmale auszeichnet:
Hohe wirtschaftliche Zuwachsraten, die dank eines weltweit kompatiblen

³¹ Eine Ausnahme bilden die Umweltbewegungen, deren Aktivitäten in den letzten Jahren zunehmen. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich in Bezug auf Umweltpolitik ähnliche Problemfelder auftun, wie sie schon in der ersten Phase der Importsubstitution aufgetreten sind. Die Wiederaufnahme des Industrialisierungsprogramms sowie die Exportüberschüsse, die über das Agro-Business erzielt werden, wodurch eine neue Front interner Landnahme entsteht, machen den Bereich der Umweltpolitik zu einer wichtigen Konfliktachse der Regierung Lula (vgl. auch Sonderegger 2007; Stedile 2007).

Produktionssektors möglich werden, und eine demokratische Einkommensverteilung – getragen von breiten politischen Allianzen. Was in Brasilien auf dem Spiel steht, ist keine Transition zum Sozialismus oder zu einer Volksdemokratie. Unser Horizont ist viel bescheidener. Wir suchen eine produktive, zivilisatorische und demokratische Plattform und hoffen, damit Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen erlauben, für einen anderen Sozialismus zu kämpfen.

Genro, zit. nach: Schmalz 2008: 241

4 Schlussfolgerungen

Mit Hilfe der Staatstheorien Webers und den von Marx inspirierten Ansätzen des „*Strategic Relational Approach*“ und der Dependenztheorie wurde die historisch gewachsene Struktur und die daraus resultierende aktuelle Konjunktur Brasiliens unter Lula dargestellt. Mit Hilfe der Ansätze von Becker und Schlichte wurde auf das Wechselspiel von Staat und Zivilgesellschaft abgestellt. Ein weiterer Rückgriff auf Gramscis Konzept der „passiven Revolution“ ermöglichte zu zeigen, dass die Zugeständnisse an das aufkommende Industrieproletariat, die in der Ära Vargas gemacht wurden, weitgehend dazu dienten, die ungleichen Herrschaftsverhältnisse abzusichern. Verteilungspolitische Auseinandersetzungen, die im Rahmen der populistischen Projekte aufkeimten, wurden nach 1964 durch eine repressiv agierende Militärdiktatur im Keim erstickt, die im Zeichen einer Wirtschaftskrise in den 1980er Jahren gestürzt wurde. Die sozialen Bewegungen verbanden dabei die Forderungen nach politischen Rechten mit Forderungen nach sozialen Rechten (*Cidadania*). Daher erkämpften sie eine Verfassung, in der „soziale Sicherheit“ als Grundrecht gilt und daher v.a. zu Gesundheitsversorgung, Pensionen und Bildung universeller Zugang zu herrschen hat. Diese Dimension der Rechtsstaatlichkeit kann gut mit (neo-)weberianischer Staatstheorie erklärt werden.

Der Kontext der Schuldenkrise Lateinamerikas in den 1980ern kann hingegen besser mit polit-ökonomisch unterfütterten Staatstheorien erklärt werden, die stärker auf den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Krise abstellen. So zeigte sich, dass die Außenabhängigkeit Devisenimporte notwendig machte. Die Finanzierung des Staats wurde auch deshalb über Verschuldung „gelöst“, um mächtige Gruppen im Staat nicht besteuern zu müssen. Während der Verschuldungskrise äußerte sich die Verschärfung der Verteilungskämpfe über Inflation. Die nach der Demokratisierung erfolgte Inflationsbekämpfung führte zu neuen Abhängigkeiten vom internationalen und nationalen Finanzkapital, die unter Lula mittels Schuldenabbau schrittweise verkleinert werden. Gleichzeitig zeigt die Fortführung der Hochzinspolitik, dass die Regierung bemüht ist, diese Kapitalfraktionen „bei der Stange zu halten“. Die hohen Ausgaben für den Zinsendienst stellen so große Ausgabenposten im Budget dar, dass sozialpolitische Leistungen

schwach ausfallen. Das ist vor allem dem Erbe der Regierung FHC geschuldet. Die Legitimierung neoliberaler Reformen durch erfolgreiche Inflationsbekämpfung und treffsichere Armutsbekämpfung kann als weitere „passive Revolution“ gedeutet werden.

Dadurch wurden die im Rahmen der Verfassungserstellung erkämpften Rechte auf Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen unterminiert. Im Zuge der Fokussierung auf die Ärmsten nahm ihre Qualität jedoch stetig ab, sodass Mittel- und Oberschichtsangehörige vermehrt auf private Dienste zurückgreifen. Seit dem Amtsantritt Lulas ist ein mehr oder weniger starker Bruch mit neoliberalen Politikkonzepten zu betrachten. Im sozialpolitischen Bereich ist hierbei vor allem die Anhebung des Mindestlohns und die Einführung einer Art Grundsicherung zu nennen, die einen neuen Mix aus treffsicherer und zugleich universalistischer Sozialpolitik darstellen, ohne jedoch gänzlich assistentialistische Formen zu durchbrechen. Die in den Kämpfen um die demokratische Verfassung von 1988 durchgesetzten sozialen Rechte werden nun mit Armutsbekämpfung kombiniert. Somit entsteht eine neue Konstellation jenseits der Dichotomie zwischen universellen sozialen Rechten und sozialer Treffsicherheit (vgl. z.B. Mkandawire 2005).

Bezüglich der Frage der Repräsentation zeigt sich eine interessante Situation: Während die sozialen Bewegungen die Stärke der 1980er und Anfang der 1990er Jahre weitgehend eingebüßt haben, kommt es nun zur Ausweitung der Sozialpolitik, die partizipative und redistributive Elemente aufweist. Dennoch legitimiert sie die Kontinuität in der Wirtschaftspolitik, die weiterhin auf Hochzinspolitik setzt und die Priorität der Staatsausgaben weiterhin der Bedienung des Schuldendienstes widmet. Dennoch wirkt sich die „Rückkehr des Entwicklungsstaats“ (Novy 2008) positiv auf die Sozialstruktur aus. Die strukturelle Heterogenität der brasilianischen Gesellschaften bleibt ein wichtiges Strukturmerkmal, die verstärkte Inklusion der Ärmsten und die Verbesserung der Beschäftigungssituation wirken dem allerdings entgegen. Die marginalisierte Bevölkerung profitierte materiell von der Politik der neuen Regierung. Dies war auch der Grund, warum Korruptionsskandale, die seit 2005 in den Medien stark präsent waren³², sich im Endeffekt nicht in der Abwahl Lulas bemerkbar machten. Die PT war die meist-gewählte Partei bei den

³² Die genaue Behandlung der Korruptionsskandale würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen (vgl. dazu: Flynn 2005; Santos 2005; Nogueira 2006). Beim größten Skandal 2005 ging es darum, dass oppositionelle PolitikerInnen teilweise mit Geld aus Staatsbetrieben „eingekauft“ wurden, um Regierungsprojekte im Parlament zu unterstützen. Dies hatte damit zu tun, dass die PT nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügte. Anders als in Porto Alegre und Rio Grande do Sul, gab es kein partizipatives außerparlamentarisches Druckmittel. Stattdessen wurde versucht, einzelne PolitikerInnen anderer Parteien in MinisterInnenämter zu hieven, um somit die Zusammenarbeit zu sichern, ohne, dass es ein Koalitionsabkommen gab, was sich als äußerst schwierig herausstellte. Aktuell, nach erfolgreicher Wiederwahl 2006 hat die PT ein Koalitionsabkommen mit der „Omnibuspartei“ PMDB, die keine klare Parteilinie hat, abgeschlossen, um ähnlichen Problemen vorzubeugen.

Präsidenten- und GouverneurInnenwahlen 2006. In Anlehnung an Carlos Roberto Winckler³³, kann das Aufkommen einer „neuen Würde“ diagnostiziert werden. Diese neue Würde ist ganz im Sinne der Möglichkeiten, die Przeworski (1980: 36ff.) einer sozialdemokratischen „Massenpartei“ zuschrieb: Im Gegensatz zum Konzept der „Klassenpartei“, wo die Schaffung eines kollektiven Bewusstseins im Mittelpunkt steht, erfahren die Menschen unter einer „Massenpartei“ die neue Würde individuell – z.B. als KundInnen, die aufgrund des verbesserten Kredit-Zugangs erstmals in den Einkaufszentren der Reichen einkaufen können. Somit werden neue Gruppen in das besitz-individualistische System (vgl. Stirner 2005 [1844]) eingebunden.

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass die Regierung Lula in Brasilien maßgeblich zu einem Kurswechsel in Brasilien beitragen konnten und die moralische Vorherrschaft der 1980er Jahre nun in stark abgeschwächter Form institutionelle und in weiterer Folge materielle Züge annehmen konnte. In weberianisch-republikanischer Hinsicht zeigt sich, dass Rechtsstaatlichkeit sich zunehmend gegenüber klientelistischen Formen der Politik durchsetzt. In marxistischer Hinsicht zeigt sich, dass der Staat weiterhin „vom guten Gang der Geschäfte“ und damit von der Aufrechterhaltung der Akkumulationsdynamik abhängig ist. Externe Abhängigkeiten, wie sie in der Dependenz-Theorie thematisiert werden, konnten jedoch verringert werden. Die strategische Selektivität der Staatsapparate wurde nicht so stark beeinflusst wie auf lokaler und regionaler Ebene unter Einsetzung des partizipativen Budgets, der Zugang subalternen Gruppen zu staatlichen Ressourcen und teilweise auch zur Entscheidungsfindung hat sich jedoch verbessert. Der Ausbau der Sozialpolitik in Verbindung mit der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung könnte langfristig dazu führen, dass die strukturelle Heterogenität als Strukturmerkmal der Gesellschaft wegfällt. Inwiefern diese Dynamik aufrecht erhalten bleibt, ist jedoch abhängig von der weiteren Entwicklung der Kräfteverhältnisse.

³³ Der Vortrag C.R. Wincklers „Brasilien nach den Wahlen“ am 7.12.2006 in Wien wurde vom Verfasser dieser Arbeit übersetzt.

5 Quellen

- Abers, Rebecca Neera (2000): *Inventing Local Democracy. Grassroots Politics in Brazil*. Colorado: Lynne Rienner.
- Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (2007): Die Aktivierung der Subalternen - Gegenhegemonie und passive Revolution. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang*. Baden-Baden: Nomos, 121-140.
- Althusser, Louis (1969): *For Marx*. Harmondsworth Penguin Books.
- Althusser, Louis/Balibar, Étienne (1999): *Reading Capital*. London: Verso. Erstauf. 1968.
- Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (2004): Kultur und Politik in sozialen Bewegungen Lateinamerikas. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hg.): *Neoliberalismus - Autonomie - Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 31-58.
- Andrioli, Antônio Inácio/Schmalz, Stefan (2005): Brasilien: politische Wende oder Fortsetzung neoliberaler Politik? In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg: VSA, 192-212.
- Antunes, Daví José Nardy/Gimenez, Denis Maracci (2006): Transferência de renda aos ricos e pobres no Brasil – Notas sobre os juros altos e o Bolsa-Família. In: *Carta Social e do Trabalho* (5), 62-70.
<http://www.eco.unicamp.br/Downloads/publicacoes/cesit/Versao_Integral5.pdf>, 21-11-2008.
- Arbix, Glauco (2007): A queda recente da desigualdade no Brasil. In: *Nueva Sociedad* (especial em português), 132-139.
- Archer, Margaret/Bhaskar, Roy/Collier, Andrew/Lawson, Tony/Norrie, Alan (Hg., 2004): *Critical Realism: Essential Readings*. London: Routledge. 2. Aufl. Erstauf. 1998.
- Auinger, Markus (2005): Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXI (2), 45-63.
- Barrocal, André (2006): Média da taxa de juro real nos últimos 4 anos fecha em 12%. In: *Carta Maior*, 01/12/2006.
- Barros, Ricardo Paes de/Carvalho, Mirela de/Franco, Samuel/Mendonça, Rosane (2006): Consequências e causas imediatas da queda recente da desigualdade de renda Brasileira. In: *IPEA. Texto para discussão*, 1201.
- BCB, Banco Central do Brasil (2008): Relatório mensal, Agosto 2008. In: *Boletim do BC*. <<http://www.bcb.gov.br/ftp/histbole/bt-200808p.zip>>, 06-12-2010.
- BCB, Banco Central do Brasil (2009): Relatório mensal, Dezembro 2009. In: *Boletim do BC*. <<http://www.bcb.gov.br/ftp/histbole/bt-200912p.zip>>, 06-12-2010.
- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg Metropolis.
- Becker, Joachim (2004): Konjunkturen des "Entwicklungsstaates". In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Maral-Hanak, Irmi/Parnreiter, Christof (Hg.): *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, 145-159.
- Becker, Joachim (2008a): Zwiespältige Verhältnisse: Progressive Regierungen und soziale Bewegungen in Südafrika und Brasilien. In: Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): *Jenseits*

von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez: Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Hamburg: VSA, 155-178.

- Becker, Joachim (2008b): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXIV (2), 10-32.
- Beigewum (2002): *Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive*. Wien Mandelbaum.
- Benz, Arthur (Hg., 2004): *Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zoller, Rüdiger (2000): *Eine kleine Geschichte Brasiliens*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Biondi, Antonio (2008a): Mudanças no horizonte: os planos do Ipea para o Brasil. In: *Agência Carta Maior* (21/05).
<http://www.cartamaior.com.br/templates/cm_entrevista_pochmann_mai08.pdf>, 29-05-2008.
- Biondi, Antonio (2008b): Sucesso econômico de Lula cria novos desafios para o Brasil. In: *Agência Carta Maior* (19/05).
<http://www.cartamaior.com.br/templates/materiaMostrar.cfm?materia_id=14999>, 29-05-2008.
- Bloch, Ernst (1977): *Gesamtausgabe*. Vol. 4: Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt: Suhrkamp.
- Boito, Armando (2007): Class Relations in Brazil's New Neoliberal Phase. In: *Latin American Perspectives*, 34 (5), 115-131.
- Bonin, Robson (2010): Popularidade de Lula bate recorde e chega a 87%, diz Sensus. In: *G1*, 29/12.
<<http://g1.globo.com/politica/noticia/2010/12/popularidade-de-lula-bate-recorde-e-chega-87-diz-sensus.html>>, 14-06-2011.
- Boris, Dieter (2001): *Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas: Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA.
- Boris, Dieter (2007): Staaten in der Peripherie – Das Beispiel Lateinamerika. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd: Handel, Geld, Arbeit, Staat*. Wien: Mandelbaum, 243-259.
- Bräutigam, Deborah A./Fjeldstad, Odd-Helge/Moore, Mick (Hg., 2008): *Taxation and State-Building in Developing Countries: Capacity and Consent*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brito, Fausto (2006): O deslocamento da população brasileira para as metrópoles. In: *Estudos Avançados*, 20 (57), 221-236.
- Buci-Glucksmann, Christine (1979): State, Transition and Passive Revolution. In: Mouffe, Chantal (Hg.): *Gramsci and Marxist Theory*. London: Routledge & Kegan Paul, 207-236.
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg., 2008): *Exklusion: Die Debatte über die "Überflüssigen"*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Chibber, Vivek (2004): Reviving the Developmental State? The Myth of the 'National Bourgeoisie'. In: Panitch, Leo/Leys, Colin (Hg.): *Socialist Register 2005: The Empire Reloaded*. London: Merlin Press, 144-165.

- Córdova, Armando (1973): *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum*. Frankfurt: Suhrkamp.
- D'Araujo, Maria Celina (2003): Estado, classe trabalhadora e políticas sociais. In: Ferreira, Jorge/Delgado, Lucilia de Almeida Neves (Hg.): *O Brasil Republicano 2: O tempo do nacional-estatismo*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 213-239.
- Dagnino, Evelina (1994): Os movimentos sociais e a emergência de uma nova noção de cidadania. In: Dagnino, Evelina (Hg.): *Anos 90: Política e Sociedade no Brasil*. São Paulo: Brasiliense, 103-115.
- Dagnino, Evelina (2003): Citizenship in Latin America: An Introduction. In: *Latin American Perspectives*, 30 (2), 211-225.
- Elsenhans, Hartmut (1997): Staatsklassen. In: Schulz, Manfred (Hg.): *Entwicklung. Die Perspektiven der Entwicklungssoziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 161-185.
- Enriques, Pedro Gregorio (2007): De la marginalidad a la Exclusión Social: Un mapa para recorrer sus conceptos y núcleos problemaáticos. In: *Fundamentos en Humanidades*, VIII (15), 57-88.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Evans, Peter (1998): Transferable lessons? Re-examining the institutional prerequisites of East Asian economic policies. In: *The Journal of Development Studies*, 34 (6), 66-86.
- Evans, Peter/Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hg., 1985): *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Evers, Tilman (1977): *Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in unterentwickelten Gesellschaftsformationen*. Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Faoro, Raymundo (2001): *Os donos do poder. Formação do patronato político brasileiro*. Rio de Janeiro: Globo, 3. Aufl. Erstauf. 1958.
- Faucher, Philippe/Baggio-Huerre, Pauline (1980): Industrial Policy in a Dependent State: the Case of Brazil. In: *Latin American Perspectives*, 7 (1), 3-22.
- Filgueira, Carlos H./Filgueira, Fernando (2002): Models of Welfare and Models of Capitalism: The Limits of Transferability. In: Huber, Evelyne (Hg.): *Models of Capitalism: Lessons for Latin America*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, 127-157.
- Filho, Calino Pacheco/Winckler, Carlos Roberto (2005): Reforma da Previdência: o ajuste no serviço público. In: *Indicadores Econômicos FEE*, 32 (4), 221-248.
- Filho, Daniel Aarão Reis (2001): O colapso do colapso do populismo ou a propósito de uma herança maldita. In: Ferreira, Jorge (Hg.): *O populismo e sua história: debate e crítica*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 319-377.
- Fiori, José Luís (1995): *O vôo da coruja. Uma leitura não-liberal da crise do estado desenvolvimentista*. Rio de Janeiro: EdUERJ.
- Fleury, Sonia (1998): Política social, exclusión y equidad en América Latina en los 90. In: *Nueva Sociedad* (156), 72-94.
- Flynn, Peter (2005): Brazil and Lula, 2005: crisis, corruption and change in political perspective. In: *Third World Quarterly*, 26 (8), 1221-1267.
- Frank, Andre Gunder (1969): The Development of Underdevelopment. In: Frank, Andre Gunder (Hg.): *Latin America: Underdevelopment or Revolution*. New York: Monthly Review Press. Erstauf. 1966, 3-17.

- Frank, Andre Gunder (1974): *Lumpenbourgeoisie: Lumpendevlopment. Dependence, Class, and Politics in Latin America*. New York: Monthly Review Press. Erstauf. 1970.
- Freire, Paulo (1984): *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt. Erstauf. 1968.
- Freire, Silene de Moraes (2001): Estado, Democracia e Questão Social no Brasil. In: Bravo, Maria Inês Souza/Pereira, Potyara Amazoneida Pereira (Hg.): *Política Social e Democracia*. São Paulo: Cortez, 149-172.
- Freyre, Gilberto (1990): *Das Land in der Stadt. Die Entwicklung der urbanen Gesellschaft Brasiliens*. Frankfurt: dtv.
- Freyre, Gilberto (1992): *Casa Grande e Senzala*. Rio de Janeiro: Record. Erstauf. 1933.
- Fritz, Barbara (2002): *Entwicklung durch wechselkurs-basierte Stabilisierung? Der Fall Brasilien*. Marburg: Metropolis.
- Furtado, Celso (1975): *Die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens*. München: Wilhelm Fink. Erstauf. 1959.
- Goldscheid, Rudolf (1976a): Staatssozialismus oder Staatskapitalismus. Ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschulden-Problems. In: Hickel, Rudolf (Hg.): *Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen*. Frankfurt: Suhrkamp. Erstauf. 1917, 40-252.
- Goldscheid, Rudolf (1976b): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. Wesen und Aufgabe der Finanzwissenschaft vom Standpunkt der Soziologie. In: Hickel, Rudolf (Hg.): *Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen*. Frankfurt: Suhrkamp. Erstauf. 1917, 253-316.
- Görgl, Daniel/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2011): Transformation monetärer Restriktionen: Nationale Strategien und regionale Kooperation in Lateinamerika. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 27 (2), 67-91.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks. Edited and translated by Qu. Hoare and G. N. Smith*. London: Lawrence & Wishart. Erstauf. 1929ff.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument. Erstauf. 1929ff.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*. Frankfurt: Suhrkamp. Erstauf. 1962.
- Hashizume, Maurício (2006): Alckmin abandona liberalismo e acaba "encolhendo" no 2º turno. In: *Carta Maior*.
- Heigl, Miriam (2007): Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXII (1).
- Heinrich, Michael (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John (2006): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie. In: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA.

- Huchzermeyer, Marie (2002): *Informal Settlements: Production and Intervention in Twentieth-Century Brazil and South Africa*. In: *Latin American Perspectives*, 29 (1), 83-105.
- Ianni, Octavio (1992): *A idéia do Brasil Moderno*. São Paulo: Brasiliense.
- Imbusch, Peter (2008): "Überflüssige". Historische Deutungsmuster und potentialle Universalität eines Begriffs. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.): *Exklusion: Die Debatte über die "Überflüssigen"*. Frankfurt: Suhrkamp, 195-212.
- IPEA, Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (2005): *Radar Social*. Brasília: IPEA. <http://www.ipea.gov.br/005/00502001.jsp?ttCD_CHAVE=212>, 14-08-2008.
- IPEA, Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (2007a): *Políticas Sociais – Acompanhamento e Análise. Edição Especial 13*. Brasília: IPEA. <http://www.ipea.gov.br/sites/000/2/publicacoes/bpsociais/bps_13/BPS_13_completo.pdf>, 14-08-2007.
- IPEA, Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (2007b): *Políticas Sociais – Acompanhamento e Análise. Boletim 14*. Brasília: IPEA. <http://www.ipea.gov.br/sites/000/2/publicacoes/bpsociais/bps_14/bps14_completo.pdf>.
- IPEA, Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (2009): *Políticas Sociais – Acompanhamento e Análise. Boletim 17: Introdução*. Brasília: IPEA. <<http://www.ipea.gov.br/sites/000/2/politicassocia/html/pdf/Introducao.pdf>>, 27-01-2010.
- Jensen, Nathan M./Schmith, Scott (2005): *Market Responses to Politics: The Rise of Lula and the Decline of the Brazilian Stock Market*. In: *Comparative Political Studies*, 38 (10), 1245-1270.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (2003): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 89-111.
- Jessop, Bob (2007a): Althusser, Poulantzas, Buci-Glucksmann - Weiterentwicklungen von Gramscis Konzept des integralen Staats. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang*. Baden-Baden: Nomos, 43-65.
- Jessop, Bob (2007b): *State Power*. Cambridge: Polity Press.
- Judd, Karen (Hg., 2002): *Gender Budget Initiatives: Strategies, Concepts and Experiences - Papers from a High Level International Conference 'Strengthening Economic and Financial Governance Through Gender Responsive Budgeting, Brussels, 16-18 October 2001*. New York: UNIFEM.
- Kieser, Alfred (2002): Max Webers Analyse der Bürokratie. In: Kieser, Alfred (Hg.): *Organisationstheorien*. Stuttgart: Kohlhammer, 39-64.
- Kjær, Anne Mette (2004): *Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Kolland, Franz (2004): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmi/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.): *Entwicklung und Unterentwicklung*. Wien: Mandelbaum, 81-105.

- Krätke, Michael (1984): *Kritik der Staatsfinanzen: Zur Politischen Ökonomie des Steuerstaats*. Hamburg: VSA.
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion: Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt: Campus.
- Küblböck, Karin/Staritz, Cornelia (2007): Internationale Verschuldung und (Unter-)Entwicklung. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*. Wien: Mandelbaum, 160-183.
- Leftwich, Adrian (1994): States of Underdevelopment: The Third World State in Theoretical Perspective. In: *Journal of Theoretical Politics*, 6 (1), 55-74.
- Lenner, Katharina (2008): Abhängige Staatlichkeit als umkämpftes Terrain - Politische Ökonomie und Repräsentationsformen in Jordanien seit 1989. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXIV (2), 63-91.
- Leubolt, Bernhard (2006): *Staat als Gemeinwesen. Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre*. Wien: LIT.
- Leubolt, Bernhard (2007a): Brasilien - Lula: Sozialdemokratie in der Ära des Liberalismus. In: Berger, Herbert/Gabriel, Leo (Hg.): *Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik*. Wien: Mandelbaum, 129-160.
- Leubolt, Bernhard (2007b): On the Different Facets of the Debate on Governance. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 23 (1), 4-25.
- Leubolt, Bernhard (2008): *Staat und politische Ökonomie in Brasilien: Die Regierung Lula im Spiegelbild der Geschichte*. Arbeit zur Erlangung des Grades des Master of Arts, Lateinamerika-Institut, Wien.
- Leubolt, Bernhard/Tittor, Anne (2008): Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika: Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXIII (2), 116-141.
- Leubolt, Bernhard/Novy, Andreas/Becker, Joachim (2008): Changing Patterns of Participation in Porto Alegre. In: *International Social Science Journal*, 59 (193-194), 435-448.
- Mandel, Ernest (2002): *Einführung in den Marxismus*. Köln: ISP, 7. Aufl.
- Marini, Ruy Mauro (1972): Brazilian Subimperialism. In: *Monthly Review* 14 (9), 14-24.
- Marsh, David (2002): Marxism. In: Marsh, David/Stoker, Gerry (Hg.): *Theory and Methods in Political Science*. Basingstoke: Palgrave. 2. Aufl, 153-171.
- Marx, Karl (1965): *Der 18te Brumaire des Louis Napoleon*. Kempten: Allgäuer Heimatverlag. Erstauf. 1852.
- Marx, Karl (1986): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. MEW 23. Berlin: Dietz, 16. Aufl. Erstauf. 1890.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1986): Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4. Berlin: Dietz. Erstauf. 1848, 459-493.
- Mercadante, Aloizio (2006): *Brasil: Primeiro Tempo. Análise comparativa do governo Lula*. São Paulo: Planeta.
- Mkandawire, Thandika (2005): Targeting and Universalism in Poverty Reduction. In: *UNRISD Social Policy and Development Programme Paper*, 23. [http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/\(httpPublications\)/955FB8A594EEA0B0C12570FF00493EAA?OpenDocument](http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/(httpPublications)/955FB8A594EEA0B0C12570FF00493EAA?OpenDocument), 02-10-2007.

- Mollo, Maria de Lourdes Rollemberg/Saad-Filho, Alfredo (2006): Neoliberal economic policies in Brazil (1994-2005): Cardoso, Lula and the need for a democratic alternative. In: *New Political Economy*, 11 (1), 99-123.
- Moore, Mick (2004): Revenues, State Formation, and the Quality of Governance in Developing Countries. In: *International Political Science Review*, 25 (3), 297-319.
- Morais, Lecio/Saad-Filho, Alfredo (2011): Brazil beyond Lula. In: *Latin American Perspectives*, 38 (2), 31-44.
- Neves, Lucília de Almeida (2001): Trabalhismo, nacionalismo e desenvolvimentismo: um projeto para o Brasil (1945-1964). In: Ferreira, Jorge (Hg.): *O populismo e sua história: debate e crítica*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 167-203.
- Nogueira, Marco Aurélio (2006): Más allá de lo institucional: Crisis, partidos y sociedad en el Brasil de hoy. In: *Nueva Sociedad* (202), 31-44.
- Novy, Andreas (2001a): *Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*. Wien: Promedia.
- Novy, Andreas (2001b): Vom Korporatismus zur Treffsicherheit. Der Wandel der brasilianischen Sozialpolitik. In: Jäger, Johannes/Melinz, Gerhard/Zimmermann, Susan (Hg.): *Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa*. Frankfurt: Brandes&Apsel, 79-98.
- Novy, Andreas (2008): Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien. In: *Das Argument*, 50 (276), 361-373.
- Novy, Andreas/Leubolt, Bernhard (2004): Das Partizipative Budget in Porto Alegre: Die Dialektik von staatlichen und nicht-staatlichen Formen sozialer Innovation. In: *SRE-Discussion Paper* (03). <http://iir-hp.wu-wien.ac.at/sre-disc/sre-disc-2004_03.pdf>, 14-07-2011.
- O'Connor, James (1974): *Die Finanzkrise des Staates*. Frankfurt: Suhrkamp.
- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic Authoritarianism: Studies in South American Politics*. Berkely: University of California.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Oliveira, Francisco de (1998): *Os direitos do Antivalor. A Economia política da hegemonia imperfeita*. Petrópolis: Vozes.
- Oliveira, Francisco de (2006a): Lula in the Labyrinth. In: *New Left Review*, II (42), 5-22.
- Oliveira, Francisco de (2006b): O Momento Lênin. In: *Novos Estudos*, 27 (75), 23-47.
- Oliveira, Francisco de/Braga, Ruy/Rizek, Cibile (Hg., 2009): *Hegemonia às Avessas*. São Paulo: Boitempo.
- Pandolfi, Dulce (2003): Os anos 1930: as incertezas do regime. In: Ferreira, Jorge/Delgado, Lucilia de Almeida Neves (Hg.): *O Brasil Republicano 2: O tempo do nacional-estatismo*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 13-37.
- Paulani, Leda (2005): Wenn Angst die Hoffnung besiegt. Eine Bilanz der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula. In: *PROKLA*, 35 (138), 149-126.
- Paulani, Leda Maria/Pato, Christy Ganzert (2005): Investimentos e servidão financeira: o Brasil do último quarto do século. In: Paula, João Antonio de (Hg.): *Adeus ao desenvolvimento: A opção do governo Lula*. Belo Horizonte: Autêntica, 37-65.
- Petkoff, Teodoro (2007): As duas esquerdas. In: *Nueva Sociedad* (especial em português), 174-184.

- Pochmann, Marcio (2007): Segurança social no capitalismo periférico. Algumas considerações sobre o caso brasileiro. In: *Nueva Sociedad* (especial em português), 76-97.
- Pohlmann, Markus (2002): *Der Kapitalismus in Ostasien. Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pons-Vignon, Nicolas (2008): Brazil's Development Conundrum. In: *Rethinking Development Economics*. <<http://rethinkingdevelopment.blogspot.com/2008/04/brazils-development-conundrum.html>>, 08-05-2008.
- Porter, Doug/Craig, David (2004): The third way and the third world: poverty reduction and social inclusion in the rise of 'inclusive' liberalism. In: *Review of International Political Economy*, 11 (2), 387-423.
- Poulantzas, Nicos (1973): *Faschismus und Diktatur: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*. München: Trikont. Erstauf. 1970.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Classes in Contemporary Capitalism*. London: Verso. Erstauf. 1974.
- Poulantzas, Nicos (1977): *Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Poulantzas, Nicos (1980): Research note on the state and society. In: *International Social Science Journal*, 32 (4), 600-608.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirovic, Joachim Hirsch und Bob Jessop*. Hamburg: VSA. Erstauf. 1978.
- Prates, Daniela M./Cunha, André M./Lélis, Marcos T.C. (2009): Exchange-rate management in Brazil. In: *Revista CEPAL* (99), 95-115.
- Przeworski, Adam (1980): Social Democracy as a Historical Phenomenon. In: *New Left Review*, I (122), 27-58.
- PT, Partido dos Trabalhadores (2002): *Programa de Governo 2002*. <<http://200.155.6.3/site/assets/programadegoverno.pdf>>, 01-02-2004.
- Quijano, Aníbal (1974): Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus*. Frankfurt: Suhrkamp. Erstauf. 1971, 298-341.
- Ramos, Carlos Alberto (2000): Programas Sociais: Trajetória Temporal do Acesso e Impacto Distributivo. In: *IPEA.Texto para discussão* (771). <http://www.ipea.gov.br/pub/td/td_2000/td_771.pdf>, 11-09-2008.
- Rocha, Geisa Maria (2002): Neo-Dependency in Brazil. In: *New Left Review*, II (16), 5-33.
- Roett, Riordan (1999): *Brazil: Politics in a Patrimonial Society*. Westport: Praeger, 5. Aufl.
- Rolleberg, Denise (2003): Esquerdas revolucionárias e luta armada. In: Ferreira, Jorge/Delgado, Lucilia de Almeida Neves (Hg.): *O Brasil Republicano 4: O tempo da ditadura - regime militar e movimentos sociais em fins do século XX*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 43-91.
- Rueschemeyer, Dietrich/Evans, Peter (1985): The State and Economic Transformation: Toward an Analysis of the Conditions Underlying Effective Intervention. In: Evans, Peter/Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hg.): *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press, 44-77.
- Sader, Emir (1987): The Workers' Party in Brazil. In: *New Left Review*, I (165), 93-102.

- Sader, Emir (2004): *Crisis hegemónicas en tiempos imperiales. Los dilemas del Brasil de Lula*. Ciudad de La Habana: Centro de Investigación y Desarrollo de la Cultura Cubana Juan Marinello.
- Sader, Emir (2005): Taking Lula's Measure. In: *New Left Review*, II (33), 59-80.
- Sangmeister, Hartmut (1994): Der schwierige Weg in den Weltmarkt: Brasiliens außenwirtschaftliche Beziehungen. In: Briesemeister, Dietrich/Kohlhepp, Gerd/Mertin, Ray-Güde/Sangmeister, Hartmut/Schrader, Achim (Hg.): *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt: Vervuert, 318-331.
- Santiso, Javier (2006): *Latin America's Political Economy of the Possible: Beyond Good Revolutionaries and Free-Marketeters*. Cambridge: MIT Press.
- Santos, Raimundo (2005): La crisis en Brasil: izquierda y política en tiempos recientes. In: *Nueva Sociedad* (200), 4-12.
- Sassoon, Anne Showstack (1982): Passive Revolution and the Politics of Reform. In: Sassoon, Anne Showstack (Hg.): *Approaches to Gramsci*. London: Writer and Readers Publishing Coop., 127-148.
- Sayer, Andrew (1992): *Method in Social Science: A Realist Approach*. London: Routledge, 2. Aufl. Erstauf. 1984.
- Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft: Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schmalz, Stefan (2005): Südamerika zwischen regionaler Integration und imperialer Einflussnahme. Der Mercosur als Keimzelle eines neuen politischen Regionalblocks? In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg: VSA, 112-135.
- Schmalz, Stefan (2008): *Brasilien in der Weltwirtschaft: Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schmalz, Stefan/Ebenau, Matthias (2011): Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise. In: *einundzwanzig* (4). <http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Reihe_21/Reihe_21_Bd4.pdf>, 28-03-2008.
- Schumpeter, Joseph (1976): Die Krise des Steuerstaats. In: Hickel, Rudolf (Hg.): *Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen*. Frankfurt: Suhrkamp. Erstauf. 1918, 329-379.
- Schwank, Oliver (2003): Staat, Markt und Demokratisierung im Entwicklungsprozess: Zur Neuorientierung der Weltbankpolitik in den 1990er Jahren. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XIX (3), 52-68.
- Selvetti, Chiara (2007): Biofuels and the commodity price boom. In: *Economic Review*, 25 (2), 2-9.
- Sicsú, João (2008): Planejamento estratégico do desenvolvimento e as políticas macroeconômicas. In: *IPEA.Texto para discussão* (1346). <http://www.ipea.gov.br/sites/000/2/publicacoes/tds/td_1346.pdf>, 16-08-2008.
- Silva, Francisco Carlos Teixeira da (2003): Crise da ditadura militar e o processo de abertura política no Brasil, 1974-1985. In: Ferreira, Jorge/Delgado, Lucilia de Almeida Neves (Hg.): *O Brasil Republicano 4: O tempo da ditadura - regime militar e movimentos sociais em fins do século XX*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 243-282.

- Singer, Paul (2005): Políticas sociais e econômicas do governo Lula. In: Paula, João Antonio de (Hg.): *Adeus ao desenvolvimento: A opção do governo Lula*. Belo Horizonte: Autêntica, 171-178.
- Sonderegger, Reto (2007): Mehr Mais im Tank bedeutet mehr Hungernde. Agrotreibstoffproduktion und der Verlust der Ernährungssouveränität. In: *Widerspruch*, 27 (52), 131-139.
- Souza, Jessé (2008): *Die Naturalisierung der Ungleichheit: Ein neues Paradigma zum Verständnis peripherer Gesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant. Erstauf. 1988.
- Stedile, João Pedro (2006): Sair da crise com a energia do povo. In: Guimarães, Juarez (Hg.): *Leituras da crise: Diálogos sobre o PT, a democracia Brasileira e o socialismo*. São Paulo: Fundação Perseu Abramo, 141-191.
- Stedile, João Pedro (2007): The Neoliberal Agrarian Model in Brazil. In: *Monthly Review*, 58 (9), 50-54.
- Stirner, Max (2005): *Der Einzige und sein Eigentum*. Erfstadt: Area. Erstauf. 1844.
- Stütze, Ingo (2008): Staatsverschuldung als Kategorie der Kritik der politischen Ökonomie. Eine Forschungsnotiz. In: Lindner, Urs/Nowak, Jörg/Paust-Lassen, Pia (Hg.): *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 239-262.
- Tavares, Maria da Conceição (1993): As políticas de ajuste no Brasil: os limites da resistência. In: Tavares, Maria da Conceição/Fiori, José Luís (Hg.): *Desajuste global e modernização conservadora*. São Paulo: Paz e Terra, 75-126.
- Taylor, Lucy (2004): Client-ship and Citizenship in Latin America. In: *Bulletin of Latin American Research*, 23 (2), 213-227.
- Taylor, Matthew M./Buranelli, Vinícius C. (2007): Ending Up in Pizza: Accountability as a Problem of Institutional Arrangement in Brazil. In: *Latin American Politics & Society*, 49 (1), 59-87.
- Vernengo, Matias (2007): Fiscal Squeeze and Social Policy during the Cardoso Administration (1995-2002). In: *Latin American Perspectives*, 34 (5), 81-91.
- Vianna, Luiz Werneck (2006): *Esquerda Brasileira e Tradição Republicana: Estudos de conjuntura sobre a era FHC-Lula*. Rio de Janeiro: Revan.
- Vianna, Luiz Werneck (2007): Revolução passiva e americanismo. In: *Gramsci e o Brasil*. <<http://www.acesa.com/gramsci/?page=visualizar&id=676>>, 15-05-2008.
- Vianna, Luiz Werneck (2008): A sucessão de Lula e o retorno do nacional-popular. In: *Gramsci e o Brasil*. <<http://www.acesa.com/gramsci/?page=visualizar&id=895>>, 15-05-2008.
- Vianna, Luiz Werneck (2009): A viagem (quase) redonda do PT. In: *Carta Maior*. <http://www.cartamaior.com.br/templates/materiaImprimir.cfm?materia_id=16078>, 10-07-2009.
- Vianna, Marly de Almeida G. (2003): O PCB, a ANL e as insurreções de novembro de 1935. In: Ferreira, Jorge/Delgado, Lucilia de Almeida Neves (Hg.): *O Brasil Republicano 2: O tempo do nacional-estatismo*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 63-105.
- Wade, Robert Hunter (2005): Bringing the State Back In: Lessons from East Asia's Development Experience. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 8 (2), 98-115.

- Wallerstein, Immanuel (1979): Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie: Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*. Frankfurt: Suhrkamp, 31-67.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck, 5. Aufl. Erstauf. 1922.
- Williamson, Oliver E. (1979): Transaction-Cost Economics: The Governance of Contractual Relations. In: *Journal of Law and Economics*, 22 (2), 233-261.
- Wilson, William Julius (2006): Social Theory and the Concept "Underclass". In: Grusky, David B./Kanbur, Ravi (Hg.): *Poverty and Inequality*. Stanford: Stanford University Press, 103-116.
- Winckler, Carlos Roberto (2000): El Aprendizaje de la República. Los movimientos sociales brasileños en los años recientes. In: Raza, Werner (Hg.): *Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht. Auswirkungen des neoliberalen Modells auf Umwelt und Gesellschaft in Lateinamerika*. Frankfurt: Brandes&Apsel, 212-227.
- World Bank, The (1997): *World Development Report 1997: The State in a Changing World*. Oxford: World Bank.
- World Bank, The (2002): *World Development Report 2002: Building Institutions for Markets*. Oxford: World Bank.



Institut für Regional- und Umweltwirtschaft
Wirtschaftsuniversität Wien
Institutsvorstand : ao.Univ.Prof. Dr. Franz Tödting
Nordbergstraße 15
A-1090 Wien, Austria
Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: ruw@wu.ac.at
<http://www.wu.ac.at/ruw>